

Akademie Solidarische Ökonomie

(Der Richtungsentwurf ist in der Redaktionsgruppe von Bernd Winkelmann in Zusammenarbeit mit Harald Bender, Norbert Bernholt, Roland Geitmann, Johannes Bickel, Klaus Simon u.a. erarbeitet worden. Dieser Text wird in der Akademie weiterentwickelt. Die hier vorgelegte Text ist eine von Bernd Winkelmann verantwortete Variante)

Korrekturstand 7.7. 2011

Eine andere Wirtschaft ist möglich **– Richtungsentwurf einer Solidarischen Ökonomie**

Gliederung:

Einleitung

Worum es geht - Was diese Richtungsansage aufzeigen will

1. Ursachen der Zivilisationskrise unserer Zeit

- 1.1. Die Grundparadoxien unserer Kulturepoche und die Ursachenfrage
- 1.2. Die neoliberale Ideologie und kapitalistische Wirtschaftsweise als Hauptursachen der Krise
 - (1) Prinzipien und Zielsetzungen kapitalistischer Wirtschaftsweise
 - (2) Ordnungs- und Strukturfehler kapitalistischer Wirtschaftsweise
 - (3) Ideologie, Mythen, Irrtümer und Haltwahrheiten kapitalistischer Wirtschaftsweise
- 1.3. Wertebedingung einer lebensdienlichen Zivilisation und ihre Gefährdung

(Exkurs Wachstum?)

2. Grundanliegen und Vielfalt einer alternativen Ökonomie

- 2.1. Grundanliegen, Paradigmenwechsel und methodischer Ansatz einer Solidarischen Ökonomie
- 2.2. Vielfalt, Gemeinsamkeit und Kriterien einer alternativen Ökonomie

3. Ethische Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie

- 3.1. Menschenbild und Lebensverständnis
- 3.2. Der Mensch als Sozialwesen – die sozialetische Bestimmung des Menschen
- 3.3. Gemeinwohl und Demokratie

4. Ökonomische Prämissen und Systemansätze einer lebensdienlichen Ökonomie

- 4.1. Zur wertegeleiteten Wirtschaft zurückkehren
- 4.2. Statt Wachstumsökonomie Gleichgewichtsökonomie
- 4.3. Abschöpfungs- und Bereicherungsmechanismen überwinden
- 4.4. Entschleunigung und ganzheitliche Wertschöpfung
- 4.5. Beteiligungsökonomie statt Ausgrenzungsökonomie
- 4.6. Kooperative Marktwirtschaft statt Konkurrenzwirtschaft
- 4.7. Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft
- 4.8. Primat der Ökologie
- 4.9. Primat der Politik
- 4.10. Neue Verfassungsordnung

5. Exemplarische Bausteine einer Solidarischen Ökonomie

- 5.1. Neue Eigentumsordnung
- 5.2. Neue Finanzordnung
- 5.3. Partizipatorische Unternehmensverfassung und genossenschaftliche Wirtschaftsweise
- 5.4. Neue Arbeitskultur
- 5.5. Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem
- 5.6. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem
- 5.7. Ökologische Kreislaufwirtschaft
- 5.8. Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung

6. Transformationsschritte und Strategien für eine Solidarische Ökonomie

- 6.1. Grundfragen einer Transformation und mögliche Transformationsschritte
- 6.2. Strategien und Handlungsfelder
- 6.3. Umschlagprozesse, Wendezeiten und ihre Voraussetzungen
- 6.4. Mögliche Szenarien

Einleitung

Worum es geht – Was diese Richtungsansage aufzeigen will

Was 2008 als weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise aufgebrochen ist, machte vollends deutlich:

Ein Wirtschaftssystem, das die Anhäufung von Kapital und das „Streben nach Eigennutz“ zum Motor und Leitbild allen Handelns macht und Wirtschaft zur Abschöpfungs- und Bereicherungsmaschine der Anteilseigner werden lässt, treibt nicht nur Menschen in Armut und Elend, führt nicht nur ganze Volkswirtschaften an die Grenzen des Ruins und macht nicht nur die Lösung der Umweltkrise unmöglich, es untergräbt auch die Grundfunktion des Wirtschaftens selbst: den Austausch von Gütern und Leistungen zum Wohl aller Beteiligten und die Orientierung der Wirtschaft an menschlichen Lebensbedürfnissen und ökologischen Grundbedingungen.

Diese grundlegende Fehlsteuerung ist nicht mit moralischen Appellen an Manager zu beheben, nicht mit Auffangmaßnahmen des Staates, nicht mit Reparaturen am alten System. Es müssen die systemischen Ursachen untersucht und von Grund auf andere Maximen und Modelle des Wirtschaftens entwickelt werden.

Das wird nur gelingen, wenn die **Tabufragen** der bestehenden Wirtschaftsweise auf den Tisch gelegt werden, vor allem die Frage nach legitimer Aneignung von Reichtum, die Frage nach der Rolle des Marktes und der Unabdingbarkeit ständigen Wachstums, die Frage nach der Gemeinwohlfunktion des Wirtschaftens, die Frage nach einem lebensdienlichen Finanz- und Geldsystem und nicht zuletzt die Frage nach der Abhängigkeit unserer Wirtschaftsweise von Zerstörungs- und Ausbeutungsprozessen im globalen Maßstab.

Wir wollen diese Tabus brechen und Prämissen, Systemansätze und Modelle einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise zusammentragen und herausarbeiten – einer Wirtschaftsweise, in der nicht Profitmaximierung und Bereicherung im Kampf aller gegen alle, sondern Solidarität zum Leitmotiv des Wirtschaftens und der Gesellschaft wird.

Wir widersprechen somit der These, dass es nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus keine Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft gäbe. Wir sind vielmehr überzeugt, dass es mit der Entwicklung einer Solidarischen Ökonomie durchaus eine „**Alternative**“, einen „Dritten Weg“ des Wirtschaftens jenseits von Kapitalismus und Sozialismus geben kann.

Es werden Entwürfe und Modelle einer **Realutopie** sein: „*Utopia*“, wörtlich der Ort, an dem noch keiner war, zu dem wir aber hinmüssen, um nicht im Alten zu ersticken. Das heißt, dass wir über das bisher Gedachte, Gemachte und Machbare hinaus Konturen einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise und Sozialverfassung entwerfen und dann erst im zweiten Schritt nach deren Umsetzung und politische Durchsetzung fragen.¹

Wir bitten unsere Leser, diesen Schritt mitzugehen und die Schere „*Wie soll das realisiert werden?*“ zunächst hinten an zu stellen und sich auf ein **Gedankenexperiment** einzulassen: *Wie könnte eine alternative Wirtschaft aussehen und funktionieren?* Hierbei geht es nicht um ein fertiges Konzept, das alle Details einer Solidarischen Ökonomie beschreiben will. Es geht um einen **Entwurf**, der eine mögliche Richtung skizziert, in die sich eine neue Ökonomie entwickeln sollte - eine Ökonomie, die aus den Sackgassen der bisherigen Wirtschaftsweise heraus und zu einer lebensdienlichen und zukunftsfähigen Wirtschaft führen könnte.

Dabei gehen wir nicht von vorgefassten Ideologien aus, sondern nehmen **ideologiekritisch** eine offene und suchende Haltung ein. Doch lassen wir uns darin von **vier leitenden Prämissen** leiten:

1. Anerkennung der Menschenwürde und der Grundrechte eines jeden Menschen.
2. Primat des Erhalts unseres Ökosystems und Leitprinzip der Nachhaltigkeit.
3. Primat des Politischen auch und gerade in Fragen der Wirtschaft
4. Vorrang des Gemeinwohls vor allen ökonomischen und Sonderinteressen.

Im vorliegenden Entwurf gehen wir **folgende Schritte**: Zunächst fragen wir nach den tieferen Ursachen unserer zivilisatorischen Krise. Im zweiten Schritt geht es um die Beschreibung des notwendigen grundlegenden Paradigmenwechsels, um die ethischen Grundlagen und ökonomischen Prämissen einer Solidarischen Ökonomie. Im dritten Schritt skizzieren wir die wichtigsten Bausteine des systemischen Umbaus unserer Wirtschaftsweise. Und schließlich fragen wir nach den notwendigen Transformationsschritten und Strategien auf dem Weg zu einer nachhaltigen, gemeinwohlorientierten demokratischen Solidarwirtschaft.

Der vorgelegte Text ist eine **Zusammenfassung** umfangreicher Arbeiten, die in zahlreichen ausgeführten „Bausteinen“ einer Solidarischen Ökonomie erarbeitet wurden und werden. Darum wird hier vieles nur in Konturen gezeichnet und zum genaueren Verstehen auf die ausführlich Bausteine auf der Homepage oder im Ausdruck verwiesen.

Ausgangsthese:

Ein Wirtschaftssystem, das die Anhäufung von Kapital und das „Streben nach Eigennutz“ zum Motor und Leitbild allen Handelns macht und Wirtschaft zur Abschöpfungs- und Bereicherungsmaschine der Anteilseigner werden lässt, treibt nicht nur Menschen in Armut und Elend, führt nicht nur ganze Volkswirtschaften an die Grenzen des Ruins und macht die Lösung der Umweltkrise unmöglich, es untergräbt auch die Grundfunktion des Wirtschaftens selbst: den Austausch von Gütern und Leistungen zum Vorteil aller Beteiligten und die Orientierung der Wirtschaft an menschlichen Lebensbedürfnissen und ökologischen Grundbedingungen.

¹ Die Notwendigkeit, Wirtschaft neu in diesem Sinne einer Realutopie zu entwerfen, hat Heiner Geißler in seinem Buch „Ou Topos. Suche nach dem Ort, den es geben müsste“, 2009, sehr eindrücklich beschreiben.

1. Ursachen der Zivilisationskrise unserer Zeit

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.

Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

(Aus dem Ahlener Programm der CDU von 1947)

1.1. Die Grundparadoxien unserer Kulturrepoche und die Ursachenfrage

Die Menschheit steht heute vor einer **Grundparadoxie** und Widersinnigkeit ihres Wirtschaftens:

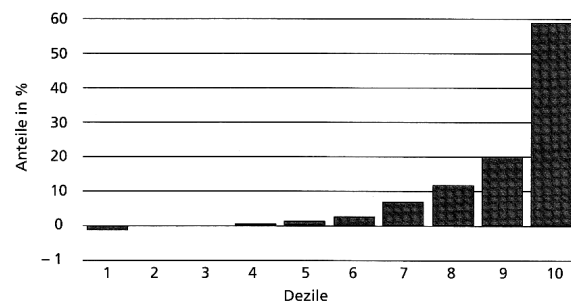
§ Einerseits erleben wir weitere enorme Steigerungen des Produktionspotentials, des Geldvermögens und der Reichtümer, der wissenschaftlichen, auch ökologischer Erkenntnisse und der technischen Fähigkeiten – das alles in einem Tempo und in einer Höhe, wie es das in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch nie gegeben hat.

§ Andererseits erfahren wir keine Lösung, sondern die Zuspitzung gesellschaftlicher Grundprobleme von Armut und Hunger, von Fremd- und Selbstausbeutung im Arbeitsprozess, von Umweltzerstörung, sozialen Spannungen, kriegerischen Konflikten u.a.m..

§ Gleichzeitig wächst national wie international die Schere zwischen Arm und Reich, werden Menschen zunehmend aus Arbeit und ertragreichem Lohn, aus sozialer, kultureller und entwicklungsfähiger Teilhabe ausgegrenzt.

Exemplarische Daten:²

- Das Privatvermögen in D bis 2008 jährlich \emptyset um 7% gewachsen, liegt bei ca. 8,1 Bio. €
Das reichste Zehntel besitzt fast 60% des Nettovermögens. Die ärmeren 50% verfügen über knapp 4% des Gesamtvermögens - in zunehmender Scherenentwicklung.



- Das Welt-Bruttosozialprodukt seit 1991 um über das Zweifache gestiegen.

- Das reichste Fünftel verfügt über 83%, das ärmste Fünftel über 17% des Welteinkommens – ebenfalls zunehmende Scherenentwicklung.

- Im Jahr 2010 sterben immer noch mehr als 20.000 Kinder pro Tag an den Folgen des Hungers.

- Die Arbeitsproduktivität stieg in D von 1960 bis 2000 um das Vierfache, das BIP um das Zehnfache. Die Arbeitszeit ist von 1885 bis 1985 von ca. 70 WStd. auf 40-35 WStd. gesunken; seitdem steigt sie auf 40-45 WStd. und schließt etwa 20% der Erwerbsfähigen aus nachhaltige reguläre Erwerbsarbeit aus.

- Der Umweltverbrauch (ökologischer Fußabdruck) liegt gegenwärtig weltweit mit 20-30% über dem ökologisch vertretbaren Maß, in D bei dem Vierfachen, in den USA bei dem Zehnfachen der ökologischen Verträglichkeit.

Wenn das Ziel, den Erdtemperaturanstieg nicht über 2 Grad gehen zu lassen, erreicht werden soll, dürfte der CO₂-pro-Kopf-Ausstoß weltweit nicht über 2 t gehen; in D. liegt er bei 11 t, in den USA bei 20 t.

- Eine von Al Gore veranlasste Studie besagt, dass in den USA bei einer Investition in Dimension des US-Apolloprogramms (Mondraumflug) in den 60ziger Jahren in 10-20 Jahren ein Umstieg auf 100% regenerativer Energie möglich wäre. Seine Programmwürfe wurden abgelehnt.

Diese Widersprüche verschärfen sich durch weitere sich gegenseitig verstärkende Faktoren:

§ Bevölkerungsexplosion in den wenig entwickelten Ländern,

§ rasche Klima- und Umweltveränderungen mit zunehmenden Naturkatastrophen,

² Daten aus: Armuts- Reichtumsbericht der Bundesregierung Deutschland 2004 und 2008; - Jahrbuch Gerechtigkeit „Armes reiches Deutschland“ 2005; - Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2008; - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 45/2008; - Weltsozialbericht 2005; - Studie des Worldwatch Institut Washington 2010: „Transforming Cultures: From Consumerism to Sustainability“; - Meadows, Dennis: „Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Signale zum Kurswechsel“, 2009; - BUND und Brot für die Welt: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.“ Studie des Wuppertal Instituts, 2008

§ nacheiferndes Wirtschaftswachstum der Schwellen- und Entwicklungsländer mit entsprechenden sozialen Polarisierungen, Ressourcen- und Umweltbelastungen,
 § Zusammenbruch der auf Erdöl basierenden Energieversorgung (Peak Oil) in 10-20 Jahren,
 § Erschöpfung weiterer natürlicher Ressourcen (Peak Everything) und Nahrungsmittelverknappung,
 § zunehmender Kampf der Industrie- und Schwellenländer um die knapper werdenden Rohstoffe.
 Dazu kommt der Widerspruch zwischen Einsichten, Willensbekundungen und Beschlüssen der Politiker und deren Nichtrealisierung auf Grund sogenannter „ökonomischer Zwänge“ – schmerzhaft deutlich geworden im Scheitern der Weltklimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen.
 Schon der erste unbefangene Blick auf diese Tatsachen lässt erkennen:

- Die Menschheit steht heute in einer **Zivilisationskrise**, die ihre Existenz bedroht.
- Die Art unseres Wirtschaftens ist wesentliche Ursache dieser Krise.
- Es kann es bei der Bewältigung der Krise nicht um die Schaffung von noch mehr Wachstum und Reichtum gehen, sondern um einen grundlegend anderen Umgang mit Ressourcen und Vermögen und um eine fundamentale Umorientierung zu einer „nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise“³.

Notwendige Umkehrung

Bei der Bewältigung der Krise kann es nicht um die Schaffung von noch mehr Wachstum und Reichtum gehen, sondern um einen grundlegend anderen Umgang mit Ressourcen und Vermögen und um eine fundamentale Umorientierung zu einer „nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.“

Wer diese Entwicklung nicht resigniert und verantwortungslos hinnehmen will, muss Antworten auf zwei Fragen finden:

1. Was sind die wesentlichen **Ursachen** dieser widersinnigen Entwicklungen?
2. Welche **Änderungen** sind nötig, damit die Krise **von ihren Wurzeln her** behoben werden kann?

Bei der Lösung der Probleme müssen die **Systemfragen** gestellt und Systemveränderungen gewagt werden, allerdings nicht im überkommenden klassenkämpferisch-ideologischen Sinn, sondern im Sinn der angewandten Systemtheorie: Es müssen die systemisch bestimmenden Denk- und Handlungsformen analysiert werden und es müssen die systemisch wirkenden Regelmechanismen („Systemweichen“) so verändert werden, dass sie die Wendung zu einer zukunftsfähigen Zivilisation ermöglichen.

Somit sind die Ursachenfrage und die Veränderungsfrage auf zwei Ebenen zu stellen:

- a) auf der **mentalen Ebene**, also auf der Ebene der (oft unbewussten) Leitvorstellungen, Paradigmen und Denkmuster der Menschen;
- b) auf der systemischen bzw. **strukturellen Ebene**, also auf der Ebene der Strukturen und Mechanismen des Wirtschaftens, der politischen Regelwerke und Institutionen.

1.2. Die neoliberale Ideologie und kapitalistische Wirtschaftsweise als Hauptursache der Krise

Wir behaupten: Die Hauptursache unserer gegenwärtigen Zivilisationskrise liegt in der kapitalistischen, neoliberal verschärften Wirtschaftsweise und Ideologie.

Noch stellt unser gegenwärtiges Wirtschaften eine Mischung von sozialer oder regulierter Marktwirtschaft, neoliberaler Wirtschaft, Elementen einer sozialen und ökologischen Alternativwirtschaft oder auch Non-Profitwirtschaft - in armen Ländern auch der Subsistenzwirtschaft - dar. Doch durchdringen die neoliberale Wirtschaftsweise und Ideologien zunehmend alle anderen Wirtschaftsansätze und wirken tief in alle sonstigen gesellschaftlichen Bereiche hinein.

Was aber sind die zerstörerischen Prinzipien und Wirkzusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaftsweise?

Die Ursache der Zivilisationskrise

Die Hauptursache unserer gegenwärtigen Zivilisationskrise liegt in der kapitalistischen, neoliberal verschärften Wirtschaftsweise und Ideologie.

(1) Prinzipien und Zielsetzungen kapitalistischer Wirtschaftsweise

Kapitalismus ist nicht gleich Marktwirtschaft. Marktwirtschaft ist der Austausch von Waren und Dienstleistungen im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage. Kapitalistisch wird die Marktwirtschaft erst durch die Dominanz zweier Prinzipien:

- durch das **kapitalwirtschaftliche Prinzip**: Mehrung des Kapitals als Sinn des Wirtschaftens,
- durch das **Privatisierungsprinzip**: möglichst alle Wertschöpfung als Privatbesitz.

Zusammengenommen erwächst aus diesen beiden Prämissen das Hauptmerkmal kapitalistischer Wirtschaftsweise: die **Akkumulation des gesellschaftlich geschaffenen Mehrwertes in Privatverfügung**.

Damit wird der ursprüngliche Sinn des Wirtschaftens auf den Kopf gestellt: Nicht die Bereitstellung sinnvoller Güter, Dienstleistungen und Arbeitsplätze für möglichst viele und zur Förderung des Gemeinwohls ist Ziel und Zweck des Wirtschaftens, sondern die Konzentration eines möglichst hohen Anteils an Reichtum bzw. Kapital in privatwirtschaftlicher Hand. Konkret: die Gewinn- und Renditenmaximierung wird alleiniger Zweck des Unternehmertums.

³ „Nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise“ ist die Formel, auf die sich die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development – UNCED) 1992 in Rio geeinigt hatte.

Dabei dient nicht das Kapital, also die als Wert realisierte Arbeit der Wirtschaft und die Wirtschaft der Bedürfnisbefriedigung der Menschen, sondern umgekehrt: die wirtschaftlichen Anstrengungen und Leistungen der Menschen dienen der Vermehrung des Kapitals. Der ursprüngliche Nutzen wirtschaftlichen Kapitals, nämlich die verbesserte und verstetigte Befriedigung von Bedürfnissen, wird dabei zum sekundären Faktor der Nachfrage an den Märkten.

Einfach gesprochen muss „aus Geld mehr Geld werden“. Dabei ist das Geld nicht mehr nur Medium für den Austausch von Waren und Arbeit gegen andere Ware bzw. Arbeitsleistungen ($W - G - W'$), sondern Waren und Arbeitsleistungen sind nur noch Medium und Mittel der Geldmehrung ($G - W - G'$), die zugleich unter dem Rendite- und Konkurrenzdruck der privaten Organisationsform steht.

Aus diesen Grundprinzipien des Kapitalismus ergeben sich zwingend **weitere Prinzipien**:

1. Das **Verwertungsprinzip**: Alles muss zur Geldvermehrung verwertet werden, „muss sich rechnen“: Natur, Mensch, Kunst und Kultur, Sport, Religion... Aus dem Verwertungsprinzip folgt eine durchgreifende Monetarisierung des Lebens.
2. Das **Konkurrenzprinzip**: Wirtschaften findet im Gegeneinander statt, im gegenseitigen Übervorteilen, im Verdrängen und Ausschalten möglicher Konkurrenz.
3. Das **Profitmaximierungsprinzip**: Der höhere Profit schlägt die Konkurrenz. Deshalb müssen alle kapitalwirtschaftlichen Akteure maximale Profite anstreben und realisieren.
4. Das **Wachstumsprinzip**: Renditedruck, Konkurrenzwettkampf und Zinserwirtschaftung erzwingen permanentes Wachstum.
5. Das **Externalisierungsprinzip**: Das Abschieben von Risiken und sozialen und ökologischen Folgekosten auf die Allgemeinheit sichert komparative Vorteile im Wettbewerb.
6. Das **Deregulierungsprinzip**: Das weitestgehende Hinausdrängen staatlicher Regelungen und die Behauptung des „freien Spiels ökonomischer Kräfte“.

(2) Ordnungs- und Strukturfehler kapitalistischer Wirtschaftsweise

Aus den benannten Prinzipien haben sich gravierende **Systemfehler** entwickelt. Es sind die für den Kapitalismus wesentlichen **Abschöpfungs-, Bereicherungs-, Verdrängungs- und Externalisierungsmechanismen und Strategien**. Ihre wichtigsten sind:

- Ein **Finanzwesen**, das mit spekulativem Geldhandel (neue „Finanzprodukte“), in abschöpfenden Funktionen im Bankwesen und mit leistungslosen Gewinnen im Zinswesen die Akkumulation von Geld bei den Kapitaleignern ermöglicht.
- Eine **Eigentumsordnung**, die erstens die **Akkumulation** des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleiniger Privatverfügung der Kapitaleigner möglich macht, die zweitens Privateigentum an Grund und Boden, an großen Immobilien zur leistungslosen Abschöpfung anderer Leistung nutzen kann.
- Marktregeln, die ein **Abschieben der sozialen und ökologischen Kosten** (Externalisieren) auf Staat bzw. Steuerzahler ermöglichen („Privatisieren der Gewinne, Sozialisieren der Risiken und Verluste“).
- Ein **„Entlohnungssystem“**, das Spitzenlöhne weit über jedes Leistungsvermögen möglich macht (das 50-1000-fache der Durchschnittslöhne).
- Ein **Steuer- und Sozialsystem**, das die Unternehmens- und Kapitaleinkommen entlastet, die Einkommen der Lohnabhängigen zunehmend belastet und den solidarischen, paritätischen und progressiven Ansatz des Bismarckschen Sozialsystems zunehmend aufgibt („Kopfpauschale“ u.a.).
- Eine **Unternehmensverfassung**, in der ethikloses Handeln, Verdrängung vom Markt, Zerstörung und feindliche Übernahme von anderen (kleineren) Betrieben zum System gehört.
- **Liberalisierung und neoliberale Deregulierung der Märkte**, die die reichen Länder gegenüber Entwicklungsländern bevorteilen (Agrarexportsubventionen, einseitiger Protektionismus u. a.) und Teile der Weltbevölkerung in Verelendung führen.

Signifikante Beispiele für das Wirken der Abschöpfungs- Bereicherungs-, Verdrängungs- und Externalisierungsmechanismen und Strategien kapitalistischer Wirtschaftsweise:

- das Verhalten der Spekulanten und Investmentbanker, die zu der Finanzkrise 2008/2009 geführt haben,
- das spekulative Aufkaufen und Zurückhalten von Lebensmitteln und Rohstoffen auf dem Weltmarkt, die zu künstlichen Engpässen und extremen Preissteigerungen und somit zu Hungerkatastrophen führen,
- der Export von subventionierten Lebensmitteln, Textilien u. a. aus den reichen Industrieländern in die Entwicklungsländer, die den dortigen Markt zerstören,
- die feindliche Übernahme von Betrieben und sonstige Monopolisierungsstrategien der Konzerne („Kannibalisierungstendenzen“ im Kapitalismus),
- die Entlassung von Arbeitnehmern, um die Rendite der Kapitaleigner zu steigern („Entlassungsproduktivität“),
- die Ausweitung des Niedriglohnbereichs, Dumpinglöhne, die der Staat durch Sozialleistungen aufstocken muss,
- die Verlagerung von Betrieben in Billiglohnländer ohne soziale und ökologische Mindeststandards,
- Rüstungswirtschaft und Rüstungsexporte, die gegen politische Vernunft aus wirtschaftlichen Profitinteressen durchgesetzt werden (z.B. Aufrüstung Griechenlands gegen die Türkei),

Es ist deutlich zu sehen, dass diese Mechanismen und Strategien genau den Zielen und Prinzipien kapitalistischer Wirtschaftsweise dienen und zu den Auswirkungen führen, die oben als Grundparadoxien und zerstörerische Entwicklungen benannt wurden.

Noch einmal: Wir behaupten nicht, dass die ganze Wirtschaft mit diesen Praktiken und Mechanismen agiert. Noch gibt es Unternehmer, die aus ethischen Gründen gegenzusteuern versuchen⁴. Verschiedene gesetzliche Auflagen versuchen, Grenzen zu ziehen. Es gibt in Entwicklungsländern durchaus Wohlstandszuwächse. Auch das Soziale Netz federt in Deutschland schlimmste Not noch ab.

Und es gibt trotz aller Krisen eine hohe Leistungsfähigkeit der Wirtschaft. Diese liegt aber nicht in den kapitalistischen Prinzipien und Mechanismen des Wirtschaftens, sondern in der hochentwickelten Technologie, in der hohen Produktivität und Effizienz moderner Wirtschaftsweise, in der Qualifikation und dem Fleiß der Menschen. Die kapitalistischen Antriebe forcieren zwar den Entwicklungsdruck, zerstören aber vielfältige Potentiale, Ressourcen und Gemeinguttreichtümer und führen zu den genannten Perversionen des Wirtschaftens.

Die kapitalistischen Prinzipien und Mechanismen haben die ausgleichenden Funktionen der „Sozialen Marktwirtschaft“ zunehmend ausgehebelt und sind systembeherrschend geworden, d.h. sie wirken so, dass die Wirtschaft weitgehend räuberische Funktionen angenommen hat. Selbst liberale Ökonomen und Wissenschaftler wie Franz Josef Radermacher sprechen von der dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz der „Brasilianisierung“: Spaltung der Gesellschaft in 10 - 20 % Supereiche, die über 65 % des BIP verfügen und 80% der Bevölkerung, bei denen etwa 35% des BIP ankommen, im unteren Drittel fast nichts.⁵

Erst wenn die grundlegenden Systemfehler des Wirtschaftens erkannt und die abschöpfenden und ausgrenzenden Mechanismen aus dem Wirtschaften herausgenommen und durch neue, solidarische und nachhaltige Systemansätze, Regelwerke und Strukturen ersetzt werden, kann es eine grundlegende Wende zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft geben.

(3) Ideologie, Mythen, Irrtümer und Halbwahrheiten kapitalistischer Wirtschaftsweise

Es fragt sich, warum sich trotz leichter Einsehbarkeit dieser Zusammenhänge die kapitalistische Wirtschaftsweise bislang behaupten konnte. Grund hierfür sind tief eingewurzelten Glaubenssätze, Ideologien, Mythen und Halbwahrheiten, die von den Profiteuren dieser Wirtschaftsweise äußerst geschickt propagiert werden.

Ihre wichtigsten sind:

- **Eigennutz und Konkurrenz** würden wie von einer „*unsichtbaren Hand geleitet*“ zum Wohlstand aller führen (Adam Smith 18. Jahrhundert).
- Der **Markt** löst in sich und automatisch sich selbst stabilisierend alle beteiligungsrelevanten Fragen in höchstmöglicher Effektivität des Wirtschaftens.
- Die **Liberalisierung des Marktes**, der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und seine „Verschlankung“ würden die beste wirtschaftliche Entwicklung bringen („Selbstheilende Kräfte des Marktes“). ...
- **Freier Welthandel und freier Kapitalverkehr** würden automatisch zum „komparativen“ Vorteil für alle Beteiligten wirken (David Ricardo 18. Jahrhundert).
- Die **Privatisierung und Kommerzialisierung** aller Güter des Lebens brächte höchste Effizienz und größten Wohlstand.
- **Kapitalanhäufung und Reichtum** in der Hand weniger würden die unteren Bevölkerungsschichten mit nach oben ziehen („Pferdeapfeltheorie“ von M. Thatcher).
- Ständiges **exponentielles Wachstum** der Wirtschaft sei möglich und erfolgreiches Wirtschaften sei nur im ständigen Wachstum möglich.
- Das **Bemessen** der Wohlstandsentwicklung und des gesamtgesellschaftlichen Wohlergehens sei mit einem wachsenden **BIP**, also mit einem steigenden Material-, Energie- und Geldumsatz, sachgemäß.
- **Kapitalismus und Demokratie** würden einander bedingen und nur im Miteinander gedeihen.

Systemfehler

Die Systemfehler des Kapitalismus liegen in seinen privat-kapitalwirtschaftlichen Prinzipien, in seinen Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen und in den auf Eigennutz, Marktgläubigkeit und Reichtumsmehrung ausgerichteten Ideologien und Mythen.

Jedem kritischen Geist wird deutlich, dass hier vor allem dem Zusammenspiel von Eigennutz, Konkurrenz und Markt gottähnliche Bedeutung zugeschrieben wird („die unsichtbare Hand“) und dass diese Behauptungen pseudoreligiösen Charakter haben. Sie wirken als unhinterfragte Gewissheiten und rechtfertigen den Kapitalismus als „beste aller Wirtschaftsordnungen“. Das Tückische ist, dass diese Ideologien den Charakter von Halbwahrheiten haben, d. h. sie gaukeln etwas vor, was nur bei einseitiger Sicht wahr zu sein scheint und nur den jeweils Starken momentane Vorteile bringt. Sowohl die einfache Logik als auch die Empirie zeigen eine andere Gesetzmäßigkeit des freien Marktes, nämlich dass er bei einem nur geringen Anfangsunterschied zwischen dem Stärkeren und Schwächeren im Fortgang unaufhaltsam zur Bevorteilung des Stärkeren führt – und zwar um so mehr, je stärker der Vorteil durch die Kapitalform entpersönlicht wird und als anonyme Kraft weiter für den Stärkeren wirken kann, dessen Stärke sich alsbald potenziert.

⁴ Dokumentiert z.B. in Joachim Galuska „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln“ 2004

⁵ Franz Josef Radermacher „Globalisierung gestalten“ S. 32ff.

Dieser Effekt ist von den Vertretern und Anhängern der kapitalistischen Wirtschaftsweise zum Teil gewollt. Denn hinter ihren Irrtümern und Ideologien steht ein alter „**materialistischer Grundirrtum**“, mit dem sich die Menschheit schon immer auseinandersetzen musste, nämlich die Meinung, Leben und Glück seien im Haben und Immer-mehr-Haben, im Erobern und Unterwerfen zu finden. Die Weisheiten der Menschheit, die Bibel, die Religionen und Philosophien haben stets gewusst, dass dies eine zerstörerische Verkennung des Lebens ist. Das Verheerende der kapitalistischen Ideologien und Praktiken ist, dass sie diesen Grundirrtum zum System, zum Leitprinzip menschlichen Lebens machen.⁶

Dem entspricht auch die Tatsache, dass durch die neoliberale Wirtschaftsweise und ihre Ideologien latent oder auch ganz direkt das **sozialdarwinistische Menschenbild und Lebensverständnis** postuliert und propagiert werden: Der Mensch sei ein auf Egoismus, materielle Bereicherung, Neid, Konkurrenz, Aggressivität hin angelegtes Wesen. Nur im Ausleben dieser Gaben könne er überleben. Die Gaben von Solidarität, Teilen und Verzicht, Nächstenliebe, Verantwortung, spiritueller Sinngebung werden abgewertet und im besten Fall ins rein Private abgeschoben.

Die Kombination dieses Menschenbildes mit der oben beschriebenen Wirtschafts-ideologie führt dazu, dass der Egoismus und das Streben nach Reichtum, das Ausricksen und Übervorteilen des anderen, Konkurrenzdenken, Ellbogenmentalität, Aggression und Gewalt auf allen Ebenen des Lebens und der Gesellschaft zum selbstverständlichen Leitbild und Lebensstil werden. Deutlich wird dies im herrschenden Mainstream, in Medien und Werbung, im „Kampf um Arbeitsplätze“, in der Unterhaltungsindustrie, in der Kindererziehung usw.

Solange dieses Menschenbild und Lebensverständnis dominant bleiben und propagiert werden, ist eine von Egoismus, Konkurrenz und Verantwortungslosigkeit für das Allgemeinwohl und für das Ökosystem gekennzeichnete Wirtschaftsweise zwingend. Insofern sind Menschenbild und Lebensverständnis Schlüsselfragen für die Ermöglichung einer lebensdienlichen Ökonomie und einer zukunftsfähigen Zivilisation.

Kapitalistisches Lebensverständnis

Kern der kapitalistischen Geisteshaltung ist ihre materialistische Weltanschauung und ihr sozialdarwinistisches Menschenbild: Leben und Glück sei im materiellen Haben und immer Mehrhaben zu finden; der Mensch sei ein auf Egoismus, Bereicherung und Gegeneinander angelegtes Wesen; die Wirtschaft habe dem zu entsprechen.

1.3. Wertebedingung einer lebensdienlichen Zivilisation und ihre Gefährdung

Die Zivilisationsgeschichte der Menschheit zeigt, dass für ihre Zukunftsfähigkeit **vier Wertebestimmungen** grundlegend:

1. **Technische und wirtschaftliche Innovationskraft**, also die Fähigkeit, sich möglichst gute materielle Lebensvoraussetzungen zu schaffen.
2. **Sozietät**, d. h. die Fähigkeit, ein Gemeinwohl aufzubauen, einen Staat, eine Völkergemeinschaft, in der gemeinsame Interessen erkannt und Regelwerke zur Realisierung des Gemeinwohls entwickelt werden.
3. **Solidarität**, d. h. Regelwerke entwickeln, in denen der Schwächere vom Stärkeren mit getragen wird – dies aus einem Urwissen des Menschen, dass jeder der Schwächere sein kann und nur im gegenseitigen Beistehen Gemeinschaft tragend und stabil ist.
4. **Spiritualität und Kultur**: der Antrieb zur Wahrheits- und Sinnsuche, die Erfahrung von vorgegebenen geistig-seelischen Werten und Wahrheiten, Inspiration und künstlerischer Gestaltung, Antrieb zum Gutsein, zur Liebe, zur religiösen Tiefenbindung...

Es ist deutlich zu sehen, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise in der Lage ist, technische und wirtschaftliche Innovationskräfte zu forcieren. Doch die Werte und Gaben der Sozietät, der Solidarität und der Spiritualität werden von ihr ausgehöhlt und auf Dauer zerstört. Mit dem Verlust dieser Werte und Gaben verliert eine Gesellschaft ihre Menschlichkeit, ihre Zivilisationsfähigkeit und somit ihre Zukunftsfähigkeit.⁷ Darum ist ein tiefgreifender Umbau unserer Wirtschaftsweise für einen lebenswerten Fortbestand der Menschheit unabdingbar. (Hier u.U. doch Exkurs Wirtschaftswachstum?)

Zivilisationsfähigkeit

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist in der Lage, technische und wirtschaftliche Innovationskräfte zu forcieren. Doch die Werte und Gaben der Sozietät, der Solidarität und der Spiritualität werden von ihr ausgehöhlt und auf Dauer zerstört. Mit dem Verlust diese Werte und Gaben verliert eine Gesellschaft ihre Menschlichkeit, ihre Zivilisationsfähigkeit und somit ihre Zukunftsfähigkeit.

⁶ Grundlegend dargestellt durch Erich Fromm in „Haben oder Sein“

⁷ So vor allem von Erich Fromm in „Haben oder Sein“ herausgearbeitet

2. Grundanliegen und Vielfalt einer alternativen Ökonomie

2.1. Grundanliegen, Paradigmenwechsel und methodischer Ansatz einer Solidarischen Ökonomie

Eine Solidarische Ökonomie will das Wirtschaften des Menschen wieder zu seinem eigentlichen lebensdienlichen Sinn bringen. Dazu muss sie die vorherrschende Wirtschaftsweise gewissermaßen „wieder vom Kopf auf die Füße stellen.“

Um dies zu erreichen, muss auf zwei Ebenen ein grundlegender **Paradigmenwechsel** erarbeitet werden: Auf der mentalen Ebene und auf der strukturellen Ebene.

Entscheidend ist der Paradigmenwechsel auf der **mentalen Ebene**, also auf der Ebene der oft unbewussten Leitvorstellungen und Denkmuster der Menschen.

Die **Umkehrung des Paradigmas** auf der mentalen Ebene heißt: Nicht die Profitmaximierung und Mehrung von Kapital in der Hand weniger sind Sinn, Ziel und Zweck allen Wirtschaftens, sondern die Bereitstellung von nützlichen Produkten, Dienstleistungen und sinnvoller Arbeitsplätze in gerechter Teilhabe aller, in Förderung des Gemeinwohls, in ökologischer Verträglichkeit.

Paradigmenwandel

Nicht die Profitmaximierung und Mehrung von Kapital in der Hand weniger sind Sinn, Ziel und Zweck allen Wirtschaftens, sondern die Bereitstellung von nützlichen Produkten, Dienstleistungen und sinnvoller Arbeitsplätze in gerechter Teilhabe aller, in Förderung des Gemeinwohls und ökologischer Verträglichkeit.

Das klingt eigentlich ganz selbstverständlich. Die Radikalität (das an die Wurzeln Gehende) dieser Umkehr wird in Konkretionen aber sehr deutlich. Sie meint z. B., dass nicht das Erwirtschaften von Gewinnen Ziel eines Unternehmens ist, sondern eben die Bereitstellung nützlicher Produkte und möglichst vieler sinnvollen Arbeitsplätze, um Teilhabe aller zu ermöglichen. Oder, dass Kriterien des Gemeinwohls und der Ökologie genauso in die Bilanzierung eines Unternehmens gehören (Nachhaltigkeits- und Gemeinwohlbilanz), wie die bisher üblichen, nur monetären betriebswirtschaftliche Zahlen (genauer unter 5.3.)

Und es geht darum, dass die leitenden Paradigmen des Wirtschaftens nicht mehr eigennützige Bereicherung und Konkurrenz sind, sondern dass auch das Wirtschaften vom Paradigma der Kooperation und Solidarität geleitet wird.

Hierbei wären auf der mentalen Ebene sämtliche oben benannten Ideologien, Mythen, Irrtümer und Halbwahrheiten neoliberal-kapitalistischer Wirtschaftsweise durch Rückbesinnung auf Leitvorstellungen eines gelingenden Lebens und eines lebensdienlichen Wirtschaftens zu überwinden. (Kapitel 4)

Die konkrete Umsetzung des Paradigmenwechsels auf mentaler Ebene geschieht auf der **systemischen** bzw. **strukturellen Ebene**.

Hier ist unser entscheidendes Anliegen, nicht erst im Nachhinein die Fehler kapitalistischer Wirtschaftsweise z.B. durch nachfolgende Umverteilung zu korrigieren, sondern **die Fehlfunktion des Wirtschaftens erst gar nicht entstehen zu lassen**.

Dafür wären vor allem die kapitalistischen Abschöpfungs-, Bereicherungs-, Verdrängungs- und Externalisierungsmechanismen und Strategien durch Strukturen und Regelwerke einer kooperativen, solidarischen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft zu ersetzen. (Kapitel 5)

Strukturelle Wandel

Eine lebensdienliche Wirtschaftsweise kann nur entwickelt werden, wenn die kapitalistischen Abschöpfungs-, Bereicherungs-, Verdrängungs- und Externalisierungsmechanismen und Strategien durch Strukturen und Regelwerke einer kooperativen, solidarischen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft ersetzt werden.

Methodisch setzen wir bei der Suche nach alternativen Ansätzen immer wieder bei den **elementaren Vollzügen des Wirtschaftens** an. Das heißt, wir steigen nicht ein bei den differenzierten Einzelaspekten ganz „oben“ in der Entwicklung wirtschaftlicher Instrumente, sondern wir steigen „unten“ bei den ursprünglichen, elementaren Vollzügen des Wirtschaftens ein, z. B. mit der Frage nach der ursprünglichen, lebensdienlichen Funktion des Geldes, nach einer legitimen Eigentumsaneignung, nach einer sinnvollen Leistungsmessung und wirklich leistungsrechten Entlohnung usw.. Von den elementaren Prämissen her versuchen wir einen grundlegend neuen Aufbau wirtschaftlicher Strukturen und Regeln zu entwerfen. Kontinuierliche Leitfragen sind dabei immer die Fragen nach dem Gemeinwohl und der ökologischen Nachhaltigkeit.

2.2. Vielfalt, Gemeinsamkeit und Kriterien einer alternativen Ökonomie

Es gibt eine große Vielfalt alternativer Ökonomieansätze. Die verschiedenen Ansätze tragen verschiedene Namen. Die bekanntesten sind:

„**Lebensdienliche Wirtschaftsweise**“ oder „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ – so von Kairos Europa entwickelt und in progressiven kirchlichen Aufbrüchen bekannt. Dieser Ansatz betont besonders die zivilisatorisch und ökologisch lebensdienliche Funktion des neuen Wirtschaftens⁸.

⁸ Dokumentiert in den vielen Arbeitshilfen und Textheften Kairos Europa e.V., Heidelberg; www.kairoseuropa.de.

- „**Gemeinwohl-Ökonomie**“ – so besonders durch Christian Felber in Österreich als Bewegung in Gang gesetzt. Dieser Ansatz betont den Gemeinwohlscharakter gegenüber den Kapitalmehrungsinteressen der Kapitaleigner⁹.
- „**Solidarische Ökonomie**“ - mit der besonderen Betonung der Überwindung des Konkurrenzprinzips durch das Kooperations- und Solidaritätsprinzip in der Wirtschaft.
„Solidarische Ökonomie“ wird in zwei Varianten entwickelt: Einmal im engeren Sinne praktischer Projektarbeit wie Entwicklung genossenschaftlicher Arbeitsweise, Übernahme von Betrieben in Belegschaftshand u.a.. Zum anderen verstehen wir Solidarische Ökonomie im weiteren Sinne als Arbeit am systemischen Neuentwurf einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise. Praktische Projektarbeit bildet die unverzichtbares Erprobungsfeld Solidarischer Ökonomie. Arbeiten an umfassenden Systemalternativen sind jedoch ebenso unverzichtbar, wenn es zu ein Gesamtgesellschaftlicher Wandel des Wirtschaftens kommen soll.

Alle Ökonomieentwürfe, die sich alternativ zur neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftsweise verstehen, müssen sich an etwa folgenden **Kriterien** und **Zielen** messen lassen:

- Überwindung des Konkurrenzprinzips durch das Kooperationsprinzip,
- Hineinnahme **aller** in den ökonomischen Prozess von Arbeit, Produktion, Einkommen, Konsumtion, Steuer- und Sozialsystem (aktive Solidarität),
- Demokratische Mitbestimmung und Kontrolle wirtschaftlicher Abläufe,
- Entwicklung einer sozialen Grundsicherung aller, unabhängig von der Leistungsfähigkeit des Menschen (passive Solidarität),
- Primat des Gemeinwohls vor ökonomischen Sonderinteressen,
- Solidarisch-partnerschaftliche Beziehungen zwischen allen Völkern der Erde,
- Primat ökologischer Nachhaltigkeit.

3. Ethische Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie

Das Wiedergewinnen einer lebensdienlichen Ökonomie bedarf einer Rückbesinnung auf die **grundlegenden Bestimmungen menschlichen Lebens**. Diese liegen vor allem (1) im Lebensverständnis des Menschen, (2) in seiner sozialetischen Wertebestimmung und Sozietät, (3) in seiner Demokratiefähigkeit.¹⁰

3.1. Menschenbild und Lebensverständnis

Grundlegend für alle humanistischen Leitvorstellungen ist das **ganzheitliche Menschenbild** und Lebensverständnis, das wir an die Stelle des sozialdarwinistischen neoliberalen Menschenbildes setzen.

Es besagt: Dem Menschen sind sowohl egoistische Anlagen gegeben und das Streben nach Selbstbehauptung, Eigennutz und Bereicherung - als auch altruistische Bedürfnisse und Gaben der Solidarität, der Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche (**duales Menschenbild**).

Beide Anlagen sind lebensnotwendig, müssen aber in ein Verhältnis zueinander gebracht werden, in welchem die solidarischen und gemeinschaftsförderlichen Gaben die selbstbezogenen Bestrebungen eingrenzen und tragen.

Nicht nur die biblischen Überlieferungen und alte Weisheiten der Menschheit, auch neuere neurobiologische und sozialpsychologische Forschungen weisen nach, dass sowohl soziale Gemeinschaften als auch einzelne Menschen gelingendes Leben nicht im Ausleben von Egoismen, nicht in Kampf und Konkurrenz finden. Vielmehr sind „*Kooperation, Zugewandtheit, Empathie, Vertrauen und Wertschätzung Kern aller lebensförderlichen Motivation in biologischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Systemen.*“¹¹

Darüber hinaus widerlegt die moderne „**Glücksforschung**“ den materialistischen Grundirrtum und die Behauptung neoliberaler Ideologien, dass der Mensch im Immer-Mehr-Haben, im sich steigernden Konsum und höheren Geldeinkommen Glück und Zufriedenheit findet.

Ganzheitliches Menschenbild

Dem Menschen sind sowohl egoistische Anlagen gegeben und das Streben nach Selbstbehauptung, Eigennutz und Bereicherung - als auch altruistische Bedürfnisse und Gaben der Solidarität, der Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche (duales Menschenbild).

Die stärksten Glückserfahrungen und lebensförderliche Motivationen erfährt der Mensch in gegenseitiger Empathie und Verbundenheit, in Wertschätzung und Kooperation.

⁹ Felber: „Gemeinwohloökonomie“, bes. S. 24ff.

¹⁰ Grundlegend für den folgenden Abschnitt sind die ausgeführten Bausteine „Leitvorstellungen, Menschenbild und Prämissen einer Solidarischen Ökonomie“ und „Theologische Leitvorstellungen einer Solidarischen Ökonomie“

¹¹ So zu finden bei Gerald Hüther, Joachim Bauer, Christian Felber. Siehe z.B. Joachim Bauer, Prinzip Menschlichkeit – Warum wir von Natur aus kooperieren, 2006, S. 34ff.

Nach Erreichen eines guten mittleren Einkommens steigt die Zufriedenheit nicht mehr. Vielmehr sind gelingende Beziehungen, Liebe, Vertrauen, eine intakte Natur, soziale Stabilität und das Einbringen von Fähigkeiten wesentlich entscheidender für Lebenszufriedenheit der Einzelnen und der Gemeinschaften.¹²

Allerdings sind für die Entwicklung dieser Erfahrung und der zwischenmenschlichen und sozialen Gaben des Menschen die Stimulanzien aus seiner Umwelt, das Elternhaus, Bildung, Kultur und Wirtschaft prägend. Darum gehört es zur Grundlagenarbeit aller alternativen Ökonomiebewegungen, sich für die Überwindung des auf Neid, Kampf und Konkurrenz gerichteten Mainstream in der Gesellschaft einzusetzen, eine ganzheitliche Werterfahrung und solidarische Denken auf allen Ebenen zu fördern.



3.2. Der Mensch als Sozialwesen - die sozialetische Wertebestimmung des Menschen

Der Mensch existiert von seiner Evolution her nicht als Einzelwesen, sondern als **Gemeinschaftswesen**.

D. h., dass der Mensch weder als Individuum noch als Gattung isoliert ohne andere oder im generellen Gegenüber überleben kann, sondern nur als Sozialwesen und in einer sich Regeln gebenden Sozietät.

Dieser einfache und scheinbar selbstverständliche Satz stellt das herrschende Denken und erst recht den Ansatz der herrschenden Ökonomie auf den Kopf. Nicht das isolierte Individuum und gelebter Egoismus machen den Menschen lebensfähig, sondern erfahrene Beziehung, Gemeinschaft und Empathie. Descartes abgewandelt hieße das: „*Ich nehme teil, also bin ich*“. Weiter gedacht bedeutet das, die Gemeinschaft wird nicht von Individuen geschaffen, sondern erst in erfahrener Gemeinschaft kommt das Individuum zur Welt.

Hier liegt die **sozialetische Wertebestimmung des Menschen**. Sie hat genauer gesehen einen dreifachen Grund:

Einmal in unmittelbar gelebter Empathie bzw. in der **Empathiefähigkeit** des Menschen: Das Leid, die Not des anderen rührt sein Herz und führt zum solidarischen Handeln.¹³

Darüber hinaus braucht es die **begriffene Zweckmäßigkeit des Guten** für das Individuum wie für die Gemeinschaft. Unübertroffen spricht es die „Goldene Regel“ der Bibel und vieler Religionen aus: „*Was du willst, das dir die Leute Gutes tun, das tue ihnen auch*“ - dies aus der Erfahrung, dass es mir erst dann nachhaltig gut geht, wenn es damit auch dem anderen und der Gemeinschaft gute geht, und in der Erfahrung, dass aus der Zweckmäßigkeit des gegenseitig Guten Eigenwohlinteressen und Gemeinwohlinteressen am ehesten in Einklang gebracht werden können. Aus dieser Erfahrung entwickelten sich seit Beginn menschlicher Zivilisation **ethisch und sozial leitende Regeln** für das Miteinander der Menschen - von den Zehn Geboten über den Kantschen kategorischen Imperativ: „*Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde*“¹⁴ bis zur Gesetzgebung eines modernen Staates.

Zum Dritten liegt die sozialetische Bestimmung des Menschen in ethischen **Wertsetzungen aus dem Unabdingbaren**: Die spirituelle Erfahrung von Werten und Wahrheiten, der Antrieb zum Gutsein, zur Liebe, zur Wahrheitssuche und Sinnfindung, die das jeweils Zweckmäßige überschreiten.¹⁵ Diese unabdingbaren spirituell-ethischen Antriebe gibt es in religiöser, wie auch in säkularer Form, so geschichtlich geworden in den „Propheten“, Religionsstiftern, Freiheitskämpfern und ethischen Pionieren der Menschheit und erkennbar in Schlüsselsätzen wie bei Immanuel Kant „*Der gestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir*“, bei Albert Schweitzer in der „*Ehrfurcht vor dem Leben*“, in der modernen Theologie „*Gott als das Woher meines Umgetriebenseins*“¹⁶ oder bei Michail Gorbatschow: „*Die mahnende Stimme des Gewissens*“ und das „*Muss des Lebens lehren uns*“¹⁷.

Hier liegt auch das **Besondere der biblischen Spiritualität**. Sie lässt den Menschen drei wesentliche Wertsetzungen erfahren. Das Erste, Grundlegende: Sein Leben wird vor allen Leistungen und trotz allen Versagens von einer bedingungslosen Liebe getragen („Gott“ als Liebesgrund allen Seins). Das macht ihn frei gegenüber allen selbstgesetzten und fremdgesetzten Zwängen der Welt. Das Zweite: Die Weltgeschichte verliert sich nicht im Sinnlosen und Gegeneinander des Lebens, sondern geht auf Gerechtigkeit, Frieden und Geschwisterlichkeit allen Lebens zu (Schalomverheißung im Alten Testament, Reich-Gottes-Ansage Jesu). Das Dritte: Der Mensch ist von Gott in diesen „heilsgeschichtlichen“ Prozess hineingenommen und findet in dieser Teilhabe Sinn und Aufgabe für sein Leben.

¹² Studie zur Glücksforschung 2010; veröffentlicht in TAZ 25.6. 2010; verschiedene „Happiness Studies“

¹³ Klassische Texte hierfür die Erzählung vom „Barmherzigen Samariter“, Lukas 10,30ff.

¹⁴ Kant, Akademie-Ausgabe Bd. IV, 421

¹⁵ Vgl. zum Ganzen die Spannung und Zusammengehörigkeit von „Verantwortungsethik“ und „Gesinnungsethik“

¹⁶ z.B. bei Herbert Braun in den 60ziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

¹⁷ M. Gorbatschow „Perestroika“ S.27, 183, 334

Im Ganzen kann gesehen werden, dass für die ethische Entwicklung der Menschheit unabdingbare Werterfahrungen und Wertsetzungen gegeben werden und notwendig sind. Die Zweckmäßigkeit des gegenseitigen Gutseins allein konnte z.B. die Sklaverei oder Leibeigenschaft innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Vorgaben nicht überwinden. Nötig waren und sind immer wieder spirituelle ethische Inspirationen und Antriebe, die über das jeweils Opportune hinausgehen, oft im Widerstand zum Bisherigen stehen, aber gerade so das Humanum und die Geschichte emanzipierend weiterentwickeln. Dass sich daraus neue ethische Paradigmen entwickeln können, zeigt sich z. B. in der Proklamation der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, die jedem Menschen die gleiche Menschenwürde unabhängig von Nationalität, Religion, Rasse, sozialer Herkunft, Leistung und Gesundheit zusprechen, wie es das in früheren Kulturen so nicht gab.

3.3. **Gemeinwohl und Demokratie**

Die Geschichte lehrt uns, dass alle die sozialetischen Errungenschaften immer wieder Angriffen und Unterwanderungen unterliegen. Menschen sind als soziale Wesen auch zu Krieg, Massenmord und Ausbeutung fähig. Entscheidend ist, eine Kultur zu schaffen, die die Empfänglichkeit für die benannte sozialetische Wertebestimmung fördert und Rahmenbedingungen menschlichen Zusammenlebens zu entwickeln, in denen zerstörerische Eigenschaften bestraft und begrenzt werden und lebensdienliche Eigenschaften gefördert und belohnt werden. So müssen in einer lebensfähigen Sozietät Gemeinwohl und Privatwohl immer wieder Einklang gebracht werden.

Das Primat des Gemeinwohls über das Privatwohl ist in Diktaturen häufig missbraucht worden. Damit dem gewehrt werden kann, sind **Demokratie** und **Rechtsstaatlichkeit** unerlässliche Voraussetzungen für ein möglichst synergetisches Zusammenspiel von Gemeinwohl und Privatwohl. Hierfür sind **Öffentlichkeit** und **demokratische Kontrolle** von besonderer Wichtigkeit und müssen immer wieder erkämpft werden.

Gegen den Verschleiß und Basisverlust der parlamentarischen Demokratie (Funktionärsdemokratie) sollten als zweites Standbein einer lebendigen Demokratie die Möglichkeiten einer **partizipatorischen Demokratie** (Beteiligungsdemokratie) wesentlich stärker ausgebaut werden, z. B. durch Volksbegehren und Volkentscheide, mehr noch durch Förderung und politische Integration von Bürgerbewegungen, Bürgerinitiativen, zivilgesellschaftlichen Initiativen u.ä. – dies auch, um der Usurpation der Politik durch Wirtschaft oder andere Sonderinteressen entgegenzuwirken.¹⁸

Die sozialetische Bestimmung des Menschen

Der Mensch kann nur als Gemeinschaftswesen leben. Erst durch seine sozialetische Bestimmung und Begabung ist der Mensch in der Lage, dem Gemeinwesen die notwendigen lebensdienlichen Regeln zu geben und in ihnen zu leben.

Die Regeln eines Gemeinwesens sind immer wieder im Ringen um partizipatorischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erkämpfen.

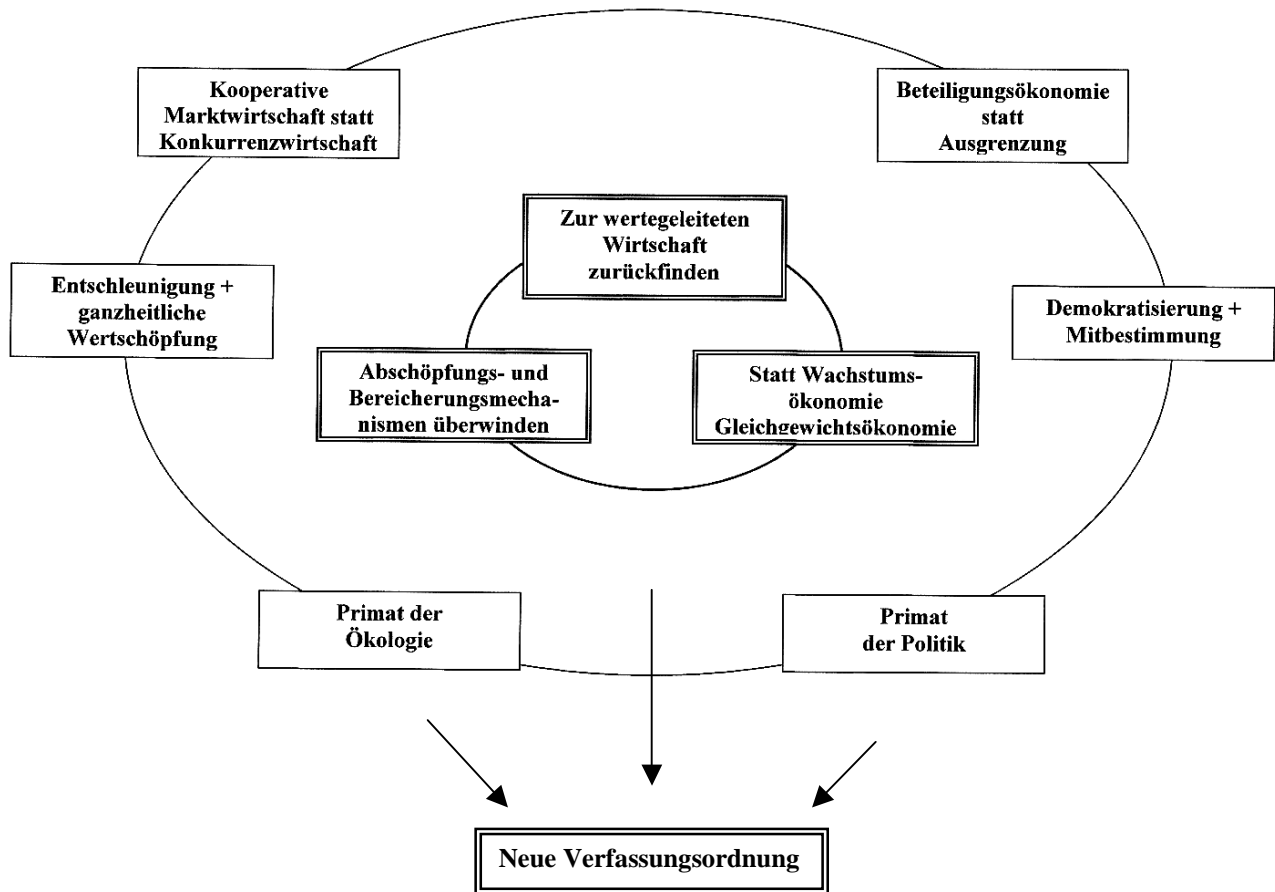
¹⁸ Ausführlich im entstehenden Baustein „Partizipatorische Demokratie“

4. Ökonomische Prämissen und Systemansätze einer lebensdienlichen Ökonomie

Aus den Leitvorstellungen und ethischen Grundlagen für eine lebensdienliche Ökonomie ergeben sich ökonomische Prämissen. Sie beschreiben die konkreten **Zielvorstellungen**, die konkreten ökonomischen Paradigmen und Systemansätze einer Solidarischen Ökonomie, noch nicht den konkreten systemischen Umbau der Strukturen und Regelwerke. Das Letzte wird in Kapitel 5 beschrieben.

Insgesamt geht es um den Entwurf einer **neuen ökonomisch-gesellschaftlichen Werteordnung**.

In der **Grafik** werden in einem inneren Kreis die drei grundlegenden veränderten Zielvorstellungen dargestellt, in einem äußeren Kreis die daraus folgenden und weiterführenden.



4.1 Zur wertegeleiteten Wirtschaft zurückkehren

Die neoliberale kapitalistische „Wirtschaftsethik“ sieht sich vor allem einem Ziel verpflichtet: Der Renditensteigerung der Kapitaleigner. Für Fragen der Gerechtigkeit und der Werte sei die Wirtschaft grundsätzlich nicht zuständig. Alle sozialetische Verantwortung für die Mitarbeiter, für das Gemeinwohl, für die Umwelt externalisiert der kapitalistisch bestimmte Unternehmer bewusst und überträgt sie auf den Staat, auf soziale Verbände, Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Einrichtungen. Auch die Kundeninteressen werden vom Unternehmen nur soweit berücksichtigt, wie dies Gewinne versprechen.

Eine Gesellschaftsordnung, die den größten Teil des Lebens, wie ihn die Wirtschaft ausmacht, derart aus ethischen und sozialen Verantwortungen ausklammert, muss zu den oben benannten Widersprüchen und zerstörerischen Entwicklungen führen und Menschen und Kultur auch psychisch und sozial krank werden lassen. Darum ist es die erste ökonomische Prämisse einer lebensdienlichen Ökonomie, wieder zu einer wertegeleiteten Wirtschaft zurückzukehren.

Dazu gehören:

- Die Geltung der Menschenwürde und der Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Grundgesetz der Bundesrepublik proklamiert werden, sind auch in der Wirtschaft und in den wirtschaftlichen Strukturen durchzusetzen.
- Weil der Unternehmer und die Unternehmen nicht nur für Gewinne verantwortlich sind, sondern ebenso für das Wohlergehen der Arbeitnehmer und des Gemeinwesens sowie für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen.

Wertegeleitete Wirtschaft

Eine Gesellschaftsordnung, die den größten Teil des Lebens, den die Wirtschaft ausmacht, aus ethischen und sozialen Verantwortungen ausklammert, muss in zerstörerische Entwicklungen führen und Menschen und Kultur psychisch und sozial krank werden lassen.

Darum ist die Rückkehr zu einer wertegeleiteten Wirtschaft dringendstes Gebot.

cen, sollten neben ökonomischen und fachlichen ebenso sozialetische und ökologische Prämissen und Qualifizierungen in die Unternehmensführung eingebracht werden.

- Das gesamte ökonomisch-soziale Gefüge sollte so organisiert werden, dass die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Wohnung, Bildung, ausreichende Nahrung und medizinische Versorgung tatsächlich gewährleistet sind.

4.2 Statt Wachstumsökonomie Gleichgewichtsökonomie

Die zwanghaft exponentielle Wirtschaftsökonomie muss in eine **Gleichgewichtsökonomie** überführt werden. In einer Gleichgewichtsökonomie gibt es ständige wirtschaftliche Entwicklungen, die aber nicht zwanghaft zum fortwährenden (quantitativen) Wachstum führen, sondern sich immer wieder in ein ökologisch und sozial verträgliches Maß einpendeln.

Dazu gehören:

- Generell ein rasches Absenken (Schrumpfen) des Ressourcenverbrauchs und des Energiedurchsatzes in Richtung eines global nachhaltiges Maßes
- Umstieg vom quantitativen Wachstum zur qualitativen Entwicklung
- Ein natürliches und flexibles Wachstum in Bereichen, in denen und so lange Wachstumsfelder öko- und sozialverträglich offen sind (z. B. neue Produkte in offenen/bedürftigen Märkten, verträgliches Wachstum in Entwicklungsländern)
- Ein enges Zusammenspiel von Konsistenz (Umweltverträglichkeit), Effizienz (hoher Wirkungsgrad) und Suffizienz („Mit weniger besser leben“).¹⁹

4.3 Abschöpfungs- und Bereicherungsmechanismen überwinden

Da die Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Hauptkräfte der Ungerechtigkeit und Zerstörungen sind, sollten sie auf allen Ebenen überwunden werden. Dazu gehören vor allem:

- Die Überwindung der Akkumulation des Mehrwertes in alleiniger Verfügung der Kapitaleigner
- Eine leistungsgerechte Gewinnbeteiligung aller am Unternehmen Beteiligten
- Ein Finanzsystem und eine Eigentumsordnung, die leistungslose Abschöpfung nicht mehr möglich machen
- Gesetze und Regeln, die die ökologischen und sozialen Folgekosten in den Produktionsprozess und die Wirtschaftsrechnung hineinnehmen (internalisieren)
- Eine (Welt)Handelsordnung, die ein Übervorteilen des Schwächeren nicht ermöglicht und auf ausgeglichene Handelsbilanzen abzielt.

4.4 Entschleunigung und ganzheitliche Wertschöpfung

Seit etwa 250 Jahren vollzieht sich die wissenschaftliche, technische und ökonomische Entwicklung der Menschheit in einem nie da gewesenen, sich ständig beschleunigenden, explosiven Tempo. Eine der gravierendsten Triebfedern dieser Entwicklung ist das kapitalistische Wirtschaftsprinzip und seine Ideologie mit dem Diktat von ständiger Wohlstandssteigerung, Konkurrenz und Wachstumswettlauf.²⁰

Sowohl die Logik wie auch die empirischen Wahrnehmungen zeigen, dass diese „Stichflammenentwicklung“²¹ nicht endlos verlängert werden kann, sondern kollabieren wird – dies nicht nur aus ökologischen Gründen des begrenzten Erdrumes, sondern auch aus psychischen, ethischen, sozialen und geistigen Gründen: Der Mensch kann weder emotional noch in seiner persönlichen Lebensgestaltung, noch im Wahrnehmen von Verantwortung diesem Tempo und der sich potenzierenden Fülle nachkommen.

Nicht Stillstand oder Rückwärtsentwicklung ist geboten, sondern eine **Entschleunigung auf allen Ebenen:**

Auf der technischen Ebene, in der Informationsanhäufung, in der Wohlstandsentwicklung. Weg von dem „Immer schneller, immer höher, immer mehr“ hin zu einem heute verlangsamten verträgliches Maß und zu einer verstärkt qualitativen Entwicklung des Lebens.

Dabei ist besonderer Wert auf die **ganzheitliche Wertschöpfung** zu legen: Weniger nur materielle Wertschöpfung, dafür mehr geistige, seelische, emotionale, kulturelle, soziale, zwischenmenschliche Wertschöpfung und Werte-Bildung. Es gibt eine große latente Sehnsucht der Menschen danach, die aus ihrer Latenz befreit und aktiviert werden muss. Dies geht wiederum nur durch Entschleunigung und durch Schaffen entsprechender Freiräume (vgl. Glücksforschung siehe oben).

Dem Vorwurf, dass eine Solidarische Ökonomie weniger effizient arbeite, ist positiv standzuhalten: Sie will im Tempo langsamer und in der Menge sparsamer produzieren, um Freiräume für menschliche Beziehungen und Kooperation, für kreative Entfaltung und naturverträglicheres Arbeiten, für Muße und Selbstbestimmung zu ermöglichen.

Konkret gehören dazu:

¹⁹ Siehe Baustein „Wirtschaftswachstum“

²⁰ So z.B. Fritz Reheis in „Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus“, 2004

²¹ Der Soziologe Meinhard Miegel umschreibt die frühere Entwicklung mit dem langsamen Aufleuchten von „Lichterketten“, die gegenwärtige Entwicklung mit einem Aufflammen einer „Stichflamme“, die in die Katastrophe führt, in Miegel „Exit. Wohlstand ohne Wachstum“, S.76ff.

- Aufgabe des BIP als Bemessensgrundlage des gesellschaftlichen Wohlergehens, dafür Einführung ganzheitlicher Indizes, die neben den ökonomischen Parametern auch ökologische und soziale Parameter, Gesundheitsentwicklung, Zeitwohlstand, kulturelle Entwicklung u.a. bemisst („Brutto-Sozialglück“, Human Development Index“, „Gemeinwohlprodukt“ u.ä.)
- Eine drastische Reduzierung der Regelarbeitszeit
- Eine Reduzierung des Überangebots von Waren
- Eine langsamere Entwicklung von neuen Technologien
- Förderung des Orientierungswissens, Reduzieren der Informationsüberflutung
- Bejahung eines geringeren materiellen Wohlstandes der Wohlhabenden („*Mit weniger besser leben*“)

4.5 Beteiligungsökonomie statt Ausgrenzungsökonomie

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist ihrem Wesen nach eine ausgesprochene Ausgrenzungsökonomie: Das Verdrängen oder Vernichten des möglichen Konkurrenten, Gewinnsteigerung durch Abbau von Arbeitsplätzen („Entlassungsproduktivität“), die Akkumulation des Mehrwertes in alleiniger Verfügung des Kapitaleigners, das Abschieben von ökologischen und sozialen Kosten auf die Allgemeinheit grenzen laufend andere aus dem ökonomischen Prozess und seinen Gewinnen weitgehend aus.

Der **ökonomische Gesamtprozess** ist ein Zusammenwirken von sechs Faktoren: (1) der Inanspruchnahme kostenloser Vorleistungen der Natur, (2) der Arbeit des Menschen, (3) der darin ermöglichten Produktion, (4) der damit erzielten Einkommen, (5) der so möglichen Konsumtion, (6) der aktiven Beteiligung am Steuer- und Sozialsystem.

Ein Grundprinzip Solidarischen Wirtschaftens ist die **Hineinnahme möglichst aller Menschen in den ökonomischen Prozess**. D.h. alle Erwerbsfähigen werden in die Erwerbstätigkeit hineingenommen. Diese Hineinnahme aller ist die beste soziale Absicherung und Stabilisierung des Gemeinwesens, reduziert das Soziale Netz auf das Notwendigste und macht den Sozialstaat bezahlbar. Die Hineinnahme aller in den ökonomischen Prozess ist zugleich die beste Basis nachhaltigen Wirtschaftens und überwindet die üblichen zyklischen Krisen kapitalistischer Wirtschaft.

Zur Beteiligungsökonomie gehören:

- Teilen des Arbeitsvolumens unter allen Erwerbsfähigen durch entsprechende Anpassung der Regelarbeitszeit
- Inklusion von Menschen mit besonderen Bedürfnissen und geringer Gabenausstattung
- Wirksame Mitbestimmung aller am Unternehmen Beteiligten
- Leistungsgerechte Teilhabe aller an den Erträgen des Wirtschaftens
- Überwindung der Konkurrenzwirtschaft und des Wachstumswettlaufs.

4.6 Statt Konkurrenzwirtschaft kooperativer Marktwirtschaft

Die kapitalistische Wirtschaftsdeologie behauptet, dass der Markt nur in konkurrierendem Wettbewerb Leistungen und Effizienz hervorbringt. Konkurrenz kann zwar hohe Leistungen freisetzen, zugleich erzeugt sie Angst und engt damit Kreativität und Entfaltungsmöglichkeiten ein. Wie ausgeführt, zeigen neuere sozialpsychologische und neurobiologische Forschungen, dass gegenseitige Wertschätzung und Kooperation zu stärkerer Motivation und zu einer größeren Entfaltung der menschlichen Potentiale führen als Konkurrenz.²²

Darum sollen Arbeits- und Marktbedingungen geschaffen werden, in denen das Konkurrenzprinzip des Wirtschaftens durch eine kooperative Marktwirtschaft überwunden wird.

Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben sollen so gestaltet werden, dass hier vor allem das kooperative Zusammenwirken gepflegt wird. Dabei kann es durchaus auch Elemente eines fairen Wettbewerbs geben, aber eindeutig mit der Tendenz hin zur Kooperation und der Anteilhabe aller am Erfolg.

Der Markt mit seinem Wechselspiel von Angebot, Nachfrage und Preisen und seiner aktivierenden, regelnden und anregenden Wirkung wird nicht ausgeschaltet. Doch widersprechen wir dem Irrglauben, dass freie Märkte automatisch vorteilhaft für alle sind. Dies leistet der Markt nur, wenn ihm sozialetische und ökologische Rahmenbedingungen gegeben werden, die Fairness und Chancengleichheit aller Marktteilnehmer schützen und Kooperation auch zwischen unterschiedlich starken Marktteilnehmern ermöglichen.²³

4.7 Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft

Die hochentwickelten Staaten sind stolz auf ihre Demokratie und auf das Zusammenspiel von politischer Freiheit und Demokratie. Das sind kostbare Werte. Umso erstaunlicher ist es, dass Prinzipien und Regeln der Demokratie in dem größten Bereich öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, weitgehend ausgeschlossen werden. Es gibt zwar einige in der Sozialen Marktwirtschaft erkämpfte demokratische Elemente in der Wirtschaft, z. B. die Tarifpartnerschaft, Mitarbeitervertretung durch Betriebsräte, bestimmte Mitbestimmungsgesetze u. ä.. Doch geraten diese im Zug der Neoliberalisierung der Wirtschaft immer mehr ins Hintertreffen und in den entscheidenden Fragen regieren fast ausschließlich die Kapitaleigner und ihre Manager unter weitgehendem Ausschluss demokratischen Mitwirkens aller Beteiligten und der öffentlichen Kontrolle. Dies ist nicht nur ein Ausschalten von demokratischen Grundregeln in der Wirtschaft, sondern eine Unterhöhnung der gesamtgesellschaftlichen Demokratie. Denn unkontrolliertes Agieren großer Wirtschaftsmächte überspielt nur allzu oft die demokratische

²² Mit Nachdruck von Felber ausgeführt in „Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“, S.44 f.; 79 ff.

²³ Ausführliche Begründung und Darstellung dazu im Baustein „Markt und Wettbewerb“

Willensbildung des Volkes bzw. der Betroffenen (z.B. Atomenergieausstieg oder Bankenrettung). Es sollten Wirtschaftsinstitutionen und Gesetzeswerke geschaffen werden, in denen eine paritätische Mitbestimmung aller an Unternehmen Beteiligten gesichert wird, in der leitende Funktionen in der Wirtschaft den demokratischen Wahlprinzipien unterstellt werden und eine öffentliche Kontrolle aller Wirtschaftsabläufe gesichert ist.

4.8 Primat der Ökologie

Das einzigartige Ökosystem unserer Erde ist Grundvoraussetzung allen Lebens, auch des menschlichen Lebens. Der Mensch kann nur eingebunden und in Übereinstimmung mit dem ökologischen Netzwerk der Erde leben und überleben. Die heute verheerend um sich greifende Gefährdung dieses Ökosystems hat einen Stand erreicht, der mit 20 – 30 % über dem für unser Ökosystem verträglichen Maß liegt. Bleibt es trotz gegenwirkender Bemühungen bei der immer noch vorherrschenden Tendenz weiterer Umweltzerstörungen, könnte der Mensch von der Natur als „Parasit“ ausgestoßen werden; menschliches Leben auf der Erde wäre dann nur eine sehr kurze Episode in der etwa 700 Millionen Jahre währenden Evolution des Lebens gewesen.²⁴ Der treibende Motor des naturzerstörenden Wirtschaftens liegt vor allem in den oben geschilderten Profitmehrpungsprinzipien kapitalistischer Wirtschaftsweise und ihrer Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen. Darum gehört es zu den grundlegenden ökologischen Prämissen einer Solidarischen Ökonomie, diese so rasch wie möglich zu überwinden. Dazu müssen wirtschaftliche Interessen national und international unabdingbar unter das **Primat ökologischer Nachhaltigkeit** gestellt werden. Menschliches Gemeinwohl schließt das Wohl aller Lebewesen und die Achtung der Integrität der natürlichen Ökosysteme mit ein.

4.9 Primat der Politik

Wie schon unter „Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft“ bedacht, können große wirtschaftliche Machtzusammenschlüsse demokratische Willensbildung und deren Durchsetzung empfindlich stören und verhindern. Die üblichen Mittel hierfür sind Drohungen oder Versprechungen durch die Wirtschaft, ein mit allen Mitteln ausgestattetes Lobbyistentum bis hin zur gezielten Korruption. Damit diese „Erkrankung“ unserer Gesellschaft überwunden und die Wirtschaft durch eine starke Politik von ihren Fehlfunktionen befreit werden kann, muss das Primat der Politik und des Rechts gegenüber der Wirtschaft (wieder) hergestellt und gesichert werden. Das heißt nicht die Installation eines Staatssozialismus und einer zentralistischen Planwirtschaft. Es heißt vielmehr, dass der demokratisch legitimierte Staat von allen undemokratischen Einflussnahmen der Wirtschaft durch klare Regelwerke befreit wird und der Staat der Wirtschaft klare Rahmenbedingungen und Regeln setzt, die ein effizientes Wirtschaften innerhalb der Bedingungen des Gemeinwohls, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit ermöglichen.

4.10 Neue Verfassungsordnung

Ziel ist es, die ökonomischen Prämissen einer lebensdienlichen Ökonomie in die Verfassungsordnung unsers Gemeinwesens einzustellen. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Systematik unseres Rechtssystems, die jede Gesetzgebung an die Verfassung, insbesondere an den Grundrechtskatalog und die Staatsziele bindet. Deshalb wären neben den individuellen und politischen Grundrechten auch wirtschaftliche Grundrechte in der Verfassung als Staatsziele zu verankern - konkret das Nachhaltigkeitsgebot und das Gemeinwohlgebot der Wirtschaft sowie das demokratische Gestaltungs- und ökonomische Teilhaberecht aller.²⁵ Dieser Prozess könnte durch einen breiten öffentlichen Diskurs mit dem Ziel eines neuen „Gesellschaftsvertrages“ in Gang gesetzt werden.²⁶

²⁴ So Hoimar von Ditfurth in „So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist soweit.“

²⁵ Vgl. schon heute den Wortlaut der Bayrischen Verfassung in Art. 151: „Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“

²⁶ Der von Jean-Jacques Rousseau 1762 geprägte Begriff des „Gesellschaftsvertrages“ wird in der Diskussion heute aufgenommen, um grundlegend Ziele, Rechte und Pflichten einer lebenswerten und zukunftsfähigen Gesellschaft neu zu definieren; vgl. Joschka Fischer: „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution“ 1998

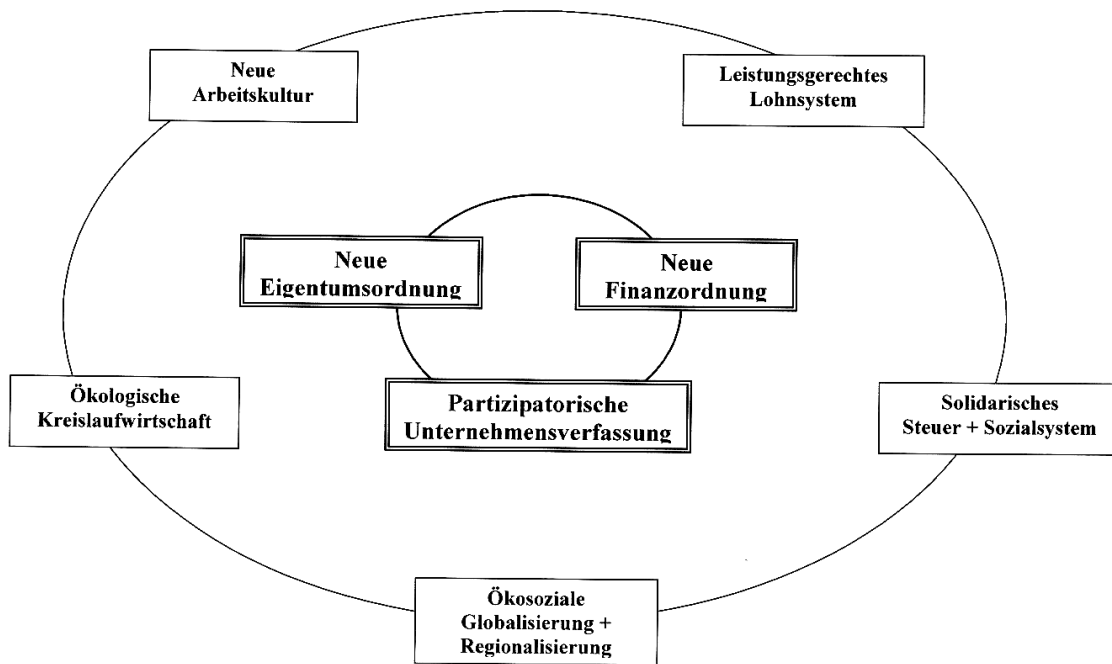
5. Exemplarische Bausteine einer Solidarischen Ökonomie

Nach Klärung der Leitvorstellungen und Ziele einer Solidarischen Ökonomie werden in diesem Abschnitt die wichtigsten Bausteine benannt, die der Umsetzung dieser Ziele dienen sollen. Diese sollen an die Stelle der Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise treten, um deren ausbeuterische und zerstörerischen Funktionen erst gar nicht entstehen zu lassen, die dann der Sozialstaat nachträglich notdürftig zu reparieren versucht. Sie sollen vielmehr die Transformation des Wirtschaftens in eine lebensdienlichen, solidarischen und gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise ermöglichen. Damit begeben wir uns auf die Ebene konkreter **Systemveränderungen**, der Veränderungen von Strukturen, Regelwerken und Institutionen.

Hier sei noch einmal betont, dass gerade das Folgende ein Gedankenanstoß sein will, kein fertiges Konzept ist. Um aber nicht in abstrakten Postulaten stecken zu bleiben, nennen wir mögliche konkrete Neuregelungen, auch exemplarische Zahlen. Diese sind als Vorstellungshilfen für konkrete Realisierungsmöglichkeiten zu verstehen, deren Umsetzung differenziert zu suchen ist.

Es geht zunächst um einen Überblick dieser Möglichkeiten, nicht um eine detaillierte Ausführung aller Einzelaspekte. Dabei lassen wir bewusst „Leerstellen“, mögliche Fragen und Konkretionen, die hier nicht ausgeführt werden. Genauere Reflexionen sind in den ausführlicheren Bausteintexten auf der Homepage der Akademie oder im Einzelausdruck nachzulesen.

In der folgenden **Grafik** werden im inneren Kreis die drei grundlegenden Bausteine dargestellt: Eine neue Eigentumsordnung, eine neue Finanzordnung, die partizipatorische Unternehmensverfassung. Sie haben für die Veränderung des ganzen Wirtschaftsystems eine Schlüsselfunktion: Sie bedingen einander und mit ihnen gewinnen die Bausteine, die auf dem äußeren Kreis benannt werden, erst ihre systemverändernde Wirkung.



5.1. Neue Eigentumsordnung ²⁷

Nach **kapitalistischem Eigentumsverständnis** sind Privateigentum und Vertragsfreiheit Grundrechte des freien Bürgers und Voraussetzung einer prosperierenden Wirtschaft. ²⁸ Damit ist immer auch die freie Verfügung über Eigentum an Produktionsmitteln und Geld unter der Maxime seiner Mehrung auf einem freien Markt gemeint.

Die Abschöpfungs- und Bereicherungsfunktion der kapitalistischen Eigentumsordnung liegt auf drei Ebenen: 1. im Gebrauch privater Produktionsmittel zur Akkumulation des Mehrwertes in Privatverfügung der Besitenden, 2. in der privatisierenden Aneignung auch sonstigen Gemeineigentums, 3. im Einsatz von Kapital (Geld) zur leistungslosen Aneignung und Anhäufung weiteren Kapitals.

Eine solidarische bzw. **gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise** will die Abschöpfungs- und Bereicherungsmechanismen, die in diesem Verständnis und Gebrauch von Eigentum liegen, aus dem Wirtschaften herausnehmen.

²⁷ Vgl. hierfür vor allem die ausführlichen Bausteine „Eigentum in einer solidarischen Ökonomie“ und „Markt und Wettbewerb“

²⁸ So der Begründer der neoliberalen Wirtschaftstheorie Friedrich August von Hayek (1899-1991)

Zu den **Grundlagen eines lebensdienlichen Eigentumsverständnisses** gehören folgende Erkenntnisse:

• **Es gibt verschiedene Formen von Eigentum:**

- Selbst erarbeitetes Eigentum des Einzelnen oder der Gemeinschaft
 - Geschenktes oder verliehenes Eigentum (Beihilfen, Darlehen, Kredite, Erbschaften u.ä.)
 - Gemeineigentum wie Wälder, Gewässer, Grund und Boden und andere naturgegebene Güter (Allmende)
 - „Privatisiertes“ Eigentum, d.h. ein durch Vorteilsausnutzung, Gewalt oder willkürlichen Rechtspruch angeeignetes Eigentum anderer.²⁹
- Persönliches Eigentum wird als eine Voraussetzung individueller Freiheit und Lebensgestaltung positiv gewertet.
- Privateigentum, auch Privateigentum an Produktionsmitteln, wird gewährt und geschützt, - sofern es durch eigene Leistung geschaffen wurde, - nicht durch Abschöpfung fremder Leistung akkumuliert wird, - dem eigenen Lebensunterhalt dient, - auch dem Gemeinwohl dient (Sozialpflichtigkeit des Eigentums).

Eine solidarische gemeinwohlorientierte Wirtschaftsweise setzt gegen die Abschöpfungs- und Bereicherungsfunktionen kapitalistischer Eigentumspraxis **vier neue Ordnungsstrukturen:**

1. Die **Akkumulation des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleiniger Privatverfügung der Kapitaleigner soll unterbunden werden.**

Begründung: Der Mehrwert eines Unternehmens wird nicht allein durch das eingebrachte Kapital des Unternehmers und dessen Eigenleistung geschaffen, sondern ebenso aus den Mitarbeiterleistungen und aus gesellschaftliche Vorleistungen (Infrastrukturen, Technologien usw.). Die weiteren Investitionen für das Unternehmen werden ebenfalls aus dem gemeinsam erarbeiteten Mehrwert erbracht. Somit sinkt der Wertanteil des ursprünglich eingebrachten Kapitals und es wächst das Recht der Mitbestimmung und der Gewinnbeteiligung der anderen am Unternehmen Beteiligten in natürlicher Weise.

Dieses Recht wird realisiert durch die Weiterentwicklung der vorhandenen Mitbestimmungs- und Gewinnbeteiligungsansprüche, wie sie im Baustein „Partizipatorische Unternehmensverfassung“ genauer erläutert werden (5.3.).

Für die Lösung der Eigentumsfrage an Produktionsmitteln wird das **Abschreibungsprinzip** vorgeschlagen: Das ursprünglich eingebrachte Kapital verliert im Zeitverlauf gegenüber den neuen Investitionen seine Anteilsgröße; damit sinkt der Gewinn- und Besitzanspruch aus dem ursprünglich eingebrachtem Kapital.

Privateigentum an Grund und Boden und allen natürlichen Ressourcen soll wieder in Gemeineigentum übergehen (Rücksegnung zu Gunsten der klassischen Allmende). Sie können durch öffentliche Träger in Pacht verliehen werden (z.B. Erbbaurecht) und können für Eigennutzung, genossenschaftlich bzw. zum Gemeinwohl genutzt werden.

Begründung: Natürliche Güter sind Gaben der Natur (Gottes) an alle Menschen; sie können nicht selbst geschaffen oder erarbeitet werden. Sie sind elementare Grundlage eines jeden Lebens und können darum nicht für kommerzielle Interessen Einzelner der Allgemeinheit entzogen („privatisiert“) werden.

2. Die **Bereiche der Öffentlichen Güter und der Daseinsvorsorge werden entkommerzialisiert, entprivatisiert** und in die **Trägerschaft öffentlicher Verantwortung gegeben** (kommunale, staatliche oder genossenschaftlich gemeinnützige Träger). Zu diesen Bereichen gehören: Versorgung mit Wasser, Abwasser, Energie, Verkehr, Schule und Bildung, soziale und medizinische Versorgung, Versicherungswesen, Verwaltung, Polizei, Justiz, Finanzdienstleistungen (Banken), große Kulturgüter u.ä. (moderne Allmende).³⁰

Begründung: Diese Güter dienen unmittelbar dem Gemeinwohl und sollen der Grundsicherung des Lebens aller dienen. Darum sollen sie dem Profitstreben der Privatwirtschaft entzogen werden und zu erschwinglichen Preisen einem jeden zur Verfügung stehen.³¹

Damit wird der Markt mit seinem freien Wechselspiel von Angebot, Nachfrage und Preisen in die Bereiche zurückverwiesen, in denen er seine wirtschaftlich belebende Funktion haben soll: im Handel mit materiellen Gütern und Dienstleistungen, die über die Grundsicherung menschlichen Lebens hinausgehen.

3. Das Eigentumsrecht im **Geldwesen** (Kredite- und Zinssystem, Geldhandel) sollte **so umgestaltet** werden, dass auch hier **leistungslose Gewinne durch Abschöpfung anderer Leistung nicht möglich sind** (Ausführungen dazu im Folgenden 5.2.)

Neue Eigentumsordnung:

1. Abschreibungsprinzip für eingebrachtes Kapital
2. Grund und Boden ist Gemeineigentum
3. Öffentliche Güter der Daseinsvorsorge entkommerzialisiert und in Trägerschaft öffentlicher Verantwortung

5.2. Neue Finanzordnung³²

Oberstes Ziel **kapitalistischer Wirtschaftsweise** ist die Mehrung von Kapital. Dabei wird der Einsatz von Geld und Kapital zum gewichtigsten Abschöpfungs- und Bereicherungsmittel. Der entscheidende Ansatz hierfür ist das Zurückdrängen der direkten Waren-Geld-Warenbeziehung ($W - G - W'$) und der Handel Geld gegen Geld ($G - G' - G''$ - die sog. „Selbstbezüglichkeit des Geldes“).

²⁹ Das lateinische Wort „privare“ heißt „rauben“, auch „befreien“.

³⁰ Vgl. dazu bei Felber „Demokratische Allmende“ in „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 76ff.

³¹ Grundlegendes Ausführungen zu Gemeingüter bei Silke Helfrich: „Wem gehört die Welt“, 2009, S.24ff.

³² Vgl. hierfür vor allem den ausgeführten Bausteine „Das bestehende Geldsystem und der Finanzkapitalismus - Überlegungen zu einem Geldsystem für eine solidarische Ökonomie“

Der Handel Geld gegen Geld beruht auf dem Prinzip der Verschuldung und der Verzinsung. D. h. der Geldempfänger (Schuldner) begibt sich in Schuld gegenüber dem Geldgeber (Gläubiger) und zahlt für den Kredit einen Preis in Form des Zinses. Das Wesen des Zinses ist das exponentielle Anwachsen der Geldabgabe des Schuldners durch Festlegung einer (jährlichen) Zinsrate von X-Prozent. Damit kann sich der Geldgeber leistungslos durch die Arbeit des Geldempfängers bereichern – je nach Laufzeit und Zinshöhe um das Vielfache des Kredits, z.B. bei 6 % Zins in 12 Jahren um das Doppelte.

Der spekulative Geldhandel der modernen „Finanzindustrie“ mit ihren neuen „Finanzprodukten“: dem Investment Banking, den Hedgefonds, dem Derivat Handel und Handel mit Leerverkäufen, Wetten, Versicherungen, den Währungsspekulationen, dem spekulativen Rohstoff- und Nahrungsmittelhandel usw. ist ein ins Extrem gesteigerter räuberischer Abschöpfungsmechanismus des Zinsprinzips. Die hier weltweit gehandelten spekulativen Geldmengen liegen weit über dem in der Realwirtschaft gebrauchten und gehandeltem Geldes. Allein das Volumen der an den Börsen gehandelten Finanzderivate übertraf im Jahr 2008 mit 2,2 Billionen US-Dollar das Weltbruttosozialprodukt (55 Billionen US-Dollar) um das 40-fache.³³ Die Finanzcrash von 2008 ff. zeigt, dass diese Loslösung des Geldhandels von der Realwirtschaft diese in den Ruin treiben kann.

Eine **gemeinwohlorientierte Ökonomie** will die Abschöpfungs- und Bereicherungsfunktionen des Finanzsystems überwinden und die selbstbezügliche Funktion des Geldes wieder zu seiner lebensdienlichen Funktion zurückführen.

Die lebensdienlichen Funktionen des Geldes liegen darin: - dass Geld ein vorzügliches Tauschmittel ist, - dass Geld ein vorzügliches Aufbewahrungsmittel ist (kann nicht „verfaulen“), - dass Geld ein allgemein anerkannter Wertmassstab für quantifizierbare Werte sein kann, das bei richtigem Einsatz Geld ein hilfreiches Spar- und Kreditmittel ist.

Um die Abschöpfungs- und Bereicherungsfunktionen des Geldsystems zu überwinden und seine lebensdienlichen Funktionen zu sichern, werden folgende **Eckpfeiler einer neuen Geldordnung vorgeschlagen**:

1. **Neuordnung des Spar- und Kreditwesens**: Der übliche Zins wird durch eine einmalige **Kreditgebühr** ersetzt, die der Kreditnehmer als Preis für den Kredit an die Bank zahlt (Vorbild Islamische Banken); damit entfällt das exponentielle Wachsen der Zinsschuld. Für Spareinlagen gibt es keinen Zins; die kostenlose, diebstahlsichere und für Überweisungen verfügbare Sparmöglichkeit sollte ausreichende Gegenleistung für das Deponieren von Geld auf den Banken sein.³⁴

Andere Varianten für die Überwindung des Abschöpfungsmechanismus des Zinses sind dessen Linearisierung (jährliche Abschwächung des Zins bis auf 0) oder konsequenter die Besteuerung liquider Guthaben (Liquiditätsabgabe nach Gesell, Keynes u. a.).

2. **Reform des Bankenwesens**: Banken sind öffentliche Einrichtungen des Gemeinwesens. Darum sollten sie auf ihre gemeinnützige Dienstleistungsfunktion in Verantwortung der Öffentlichen Hand zurückgeführt werden: Auf die Aufbewahrungsfunktion, auf die Maklerfunktion zwischen Spareinlagen und Krediten ohne Gewinnabschöpfung für die Bank und auf die gemeinwohlorientierte Allokationsfunktion³⁵. Die betriebswirtschaftlichen Aufwendungen werden aus den Kreditgebühren aufgebracht. Die Mitarbeiter der öffentlichen Banken sind Angestellte mit festen tariflichen Gehältern ohne Boni wie in anderen Verwaltungsbehörden.

Es gibt Banken auf regional-kommunaler Ebene, auf Länderebene und Zentralbanken auf Staatsebene oder von Staatszusammenschlüssen (z.B. EU). Das Recht der Geldschöpfung liegt allein bei den Zentralbanken. Neben kommunalen und staatlichen Banken kann es genossenschaftliche und gemeinwohlorientierte Privat-

3. **Verbot jeden³⁶ spekulativen Geldhandels** mit den oben genannten „Finanzprodukten“, also des Investment Banking, der Hedgefonds, des Derivat Handels und Handels mit Leerverkäufen, Wetten, Versicherungen, der Währungsspekulationen, des spekulativen Rohstoff- und Nahrungsmittelhandels usw.

Die für die Realwirtschaft nötigen Kapitalbeschaffungen können auch für Großunternehmen und im internationalen Bereich durch Großbanken bzw. Zentralbanken mit dem beschriebenen Kreditverfahren wahrgenommen werden.

Inwiefern es im neuen Geldsystem noch eine Börse geben sollte, muss geprüft werden. Die Allokation des Geldes kann ohne spekulative Abschöpfung durch das reformierte Kreditwesen, durch die Anforderungen der Realwirtschaft und durch eine gezielte Investitions- und Steuerpolitik des Staates geschehen. Die Feststellung von Wechselkursen kann durch das Zusammenwirken von Zentralbanken erfüllt werden. Hierfür könnte der Vorschlag von John Maynard Keynes hilfreich sein: Die Schaffung eines „Globo“ als internationaler neutraler Verrechnungseinheit, mit dem internationale Geschäfte verrechnet und an dem die Wechselkurse der Nationen oder Regionen gemessen werden.³⁷

Neue Finanzordnung:

1. Überwindung der Zinsabschöpfung durch Kreditgebühr bzw. Linearisierung des Zins
2. Banken in reiner Dienstleistungsfunktion ohne Gewinnabschöpfung
3. Verbot spekulativen Geldhandels
4. Einführung eines dualen Geldsystems

³³ BIZ / Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2009): BIS Quarterly Review, März 2009. Vgl. auch Basisinformation Attac vom 19.11. 2008.

³⁴ Nach dem Modell der „Demokratischen Baken“ bei Christian Felber in „Gemeinwohl-Ökonomie, S. 50 ff.

³⁵ Allokation meint Verteilung, auch Hinfließen des Geldes, wo es der Wirtschaft am besten dient.

³⁶ So das Modell der „Demokratischen Baken“ bei Christian Felber in „Gemeinwohl-Ökonomie, S. 50 ff.

³⁷ Felber S. 58ff.

4. **Einführung eines dualen Geldsystems**, in dem regionale Währungen und global-konvertible Währungen einander ergänzen: Regionale Währung als reines zinsfreies Tauschäquivalent für Waren und Leistungen in der Region; hat gegenüber der globalisierenden Großwirtschaft eine die Regionalwirtschaft schützende, stärkende und belebende Funktion. Die konvertible übliche Landeswährung dient dem überregionalen und globalen Handel und bedient die Spar- und Kreditnotwendigkeiten.

Diese utopischen Vorschläge liegen nicht so weit von der Realität entfernt, wie es scheint: Gemeinnützige, nichtabschöpfende Genossenschaftsbanken gibt es schon, z.B. die GLS-Bank; es gibt regionale zinsfreie „Komplementärwährungen“ bzw. ein „Regio-Geld“ neben den üblichen Landeswährungen, es gibt Tauschwährungen und Zeitbanken u.ä.. Alle diese Anfänge sind Ausdruck und Experimentierfelder von alternativen Geldsystemen. Mit den skizzierten Veränderung des Geldsystems wären noch nicht alle kapitalistischen Abschöpfungsmechanismen überwunden, aber wohl ein entscheidendes.

5.3. Partizipatorische Unternehmensverfassung und genossenschaftliche Wirtschaftsweise

Das private Unternehmertum hat den nicht zu unterschätzenden Vorzug, im Wirtschaften zu einer hohen Eigeninitiative, Innovation und Kreativität zu führen. Darum sollte es weiterhin geschützt und gefördert werden.

Dennoch muss die bislang verdrängte Frage der Kapitalakkumulation gelöst werden. Die mehrfach zitierte Formel von der „*Akkumulation des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleiniger Privatverfügung der Kapitaleigner*“ entspricht zwar ganz dem Prinzip und Bestreben kapitalistischer Wirtschaftsweise, jedoch stimmt das „Allein“ nicht ganz: Es wird durch Regeln der Sozialen Marktwirtschaft eingeschränkt. Die Betriebswirtschaftslehre weiß von einem notwendigen Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. In den modernen Unternehmensverfassungen gibt es Regeln der Mitbestimmung und der Tarifpartnerschaft. In einigen Unternehmensführungen gibt es Ansätze einer „Corporate Governance“ (ethisch und sozial verantwortliche Unternehmensführung): Ein Mitwirken aller am Unternehmen Beteiligten und vom Unternehmen Betroffenen, die sog. „Stakeholder“: neben den Kapitaleignern und der Geschäftsführung auch die Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten, Vertreter der gesellschaftlichen Organe.

Dennoch können diese Ansätze gegenüber dem Primat der Gewinnsteigerung nicht systemverändernd durchgesetzt werden: Wachstumszwang und das Konkurrenzprinzip lassen einem Unternehmen kaum eine andere Wahl der Wirtschaftsführung. Das Deutsche Aktiengesetz verpflichtet, für Rendite als erstem Ziel des Unternehmens zu sorgen.³⁸ Das „Shareholder-Prinzip“, das Prinzip der Kapitalanlage mit den höchsten Profiten, und ihre Akteure dominieren vor allem die Großunternehmen.

Die **partizipatorische Unternehmensverfassung** will der Leitvorstellung einer gemeinwohlorientierten Ökonomie dienen: Nicht die Profitmaximierung und Mehrung von Kapital in der Hand weniger sind Sinn, Ziel und Zweck allen Wirtschaftens, sondern die Bereitstellung von nützlichen Produkten, Dienstleistungen und sinnvoller Arbeitsplätze in gerechter Teilhabe aller, in Förderung des Gemeinwohls und in Wahrung der ökologischen Nachhaltigkeit.

Zur Erreichung dieser Ziele werden folgende **Regelungen einer partizipatorischen Unternehmensverfassung** vorgeschlagen:

1. Die Ausweitung der Bilanzlegung auf soziale, ökologische und gemeinwohlorientierte Kriterien:

Die Unternehmen sollten durch den Gesetzgeber verpflichtet werden, neben den finanzwirtschaftlichen auch vorgegebene ökologische, soziale und gemeinwohlorientierte Bilanzkriterien und Kennzahlensysteme einzustellen. Durch unterschiedliche Anreize und Förderungen (Steuern, Kreditkonditionen, öffentlicher Auftrag, Zölle u.ä.) wird die Realisierung dieser Kriterien belohnt oder im Negativfall höher belastet. Damit wird die unternehmerische Erfolgsrechnung auf eine breitere Basis gestellt und durch marktkonforme Anreizmechanismen konsequent in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit und Gemeinwohl gelenkt. D.h. in der Erfolgsrechnung werden neben den bisher üblichen betriebswirtschaftlichen auch ökologische, soziale und weitere gemeinwohlwirkende Kosten und Gewinne ausgewiesen.

2. Partizipatorische Betriebsleitung (Stakeholderprinzip):

Grundgedanke ist die Tatsache, dass ein Unternehmen immer eingebunden ist in das Flechtwerk sozialer, ökologischer, volkswirtschaftlicher und öffentlicher Bedingungen und Notwendigkeiten. Darum ist es nicht nur verantwortlich für seine engeren ökonomischen Erfolge, sondern auch für das soziale, ökologische und öffentliche Wohlergehen. Um diese Verantwortung konkret werden zu lassen, werden alle am Unternehmen Beteiligten und vom Unternehmen Betroffenen in die Entscheidungsprozesse einbezogen. Diese sind die Eigentümer und die Geschäftsführung, die Mitarbeiter, die Kunden, Lieferanten und Vertreter ökologischer Interessen und der Öffentlichkeit (Stakeholder, „Berührungsgruppen“³⁹). Sie bilden einen **Betrieblichen Wirtschaftsrat**, ein in Zusammensetzung und Funktion erweiterter Betriebsrat. Er hat die Aufgabe, in einer demokratischen Willensbildung nach den oben benannten Bilanzregeln die strategische Ausrichtung des Unternehmens zu bestimmen und für die leistungsgerechte Anteilhabe aller zu sorgen. Für die operativen Geschäfte bleibt weiter die Geschäftsführung zuständig, ist aber gegenüber dem Betrieblichen Wirtschaftsrat

³⁸ Gerhard Scherhorn „Geld soll dienen, nicht herrschen...“, S. 68

³⁹ So Felber in „Gemeinwohlökonomie“ S. 26

rechenschaftspflichtig.

Funktion und Aufbau der Betrieblichen Wirtschaftsräte ist von der Betriebsgröße abhängig: In Kleinunternehmen kann es einen eher informellen innerbetrieblichen Wirtschaftsrat geben; Betriebe von etwa 20 bis 200 Beschäftigten haben eine ausgebaute Funktion der betrieblichen Wirtschaftsräte mit größeren Entscheidungsbefugnissen; in Großunternehmen wirken die Wirtschaftsräte in die operative Geschäftsführung hinein.⁴⁰

3. Bildung nationaler und regionaler Wirtschaftsräte:

Um die soziale, ökologische und gemeinwohlorientierten Kennzahlen für die Bilanzierung der Unternehmen zu finden, bedarf es entsprechender „Leitwerte“ für die Wirtschaft. Diese könnten in einem **Nationalen Wirtschaftsrat** erarbeitet werden.⁴¹ In **Regionalen Wirtschaftsräten** könnten in Analogie und Weiterentwicklung der schon heute arbeitenden „Raumplanungsbehörden der Länder“ konkretere Rahmenvorgaben für die Region erarbeitet werden.

Kleinere Unternehmen könnten sich in Analogie und Weiterentwicklung der früheren Zünfte und heutigen Handwerkskammern in **Kommunalen Wirtschaftsräten** zusammenfinden: eine Austausch- und Abspracheebene, die nach den gemeinwohlorientierten Leitwerten und Kennzahlen die Angebotspaletten und Markträume für alle Beteiligten sichert, Kooperation ermöglicht und so für ein nachhaltiges Ergehen aller in der Region sorgt.

Es stellt sich die Frage nach der **Motivation und den Anreizsystemen** der Partizipatorischen Unternehmensverfassung. Die Vorteile für die Angestellten, die Kunden und Lieferanten liegen auf der Hand: Ihre aktive Beteiligung ist dort, wo sie vorher nur in passiver Abhängigkeit lebten, ein deutlicher Gewinn. Ebenso verhält es sich mit den öffentlichen und ökologischen Interessen.

Für Eigentümer und Unternehmer, deren Motivation allein oder überwiegend in der Profitmaximierung und Machtausübung besteht, scheint diese Wirtschaftsweise eher ein Verlust zu sein. Dennoch gibt es für die Unternehmer und Eigentümer Gewinne:

a) Auf der ideellen Seite durch den Gewinn an Sinnfindung, Selbstverwirklichung, Gemeinwohlwirken und kooperative Arbeitsweise. Hierin sehen vor allem die kleineren und mittelständischen (Familien-)Unternehmen ihren Hauptgewinn.

a) Auf der monetären Seite sollte ein **Anreiz- und Begrenzungsprinzip für private Unternehmensgewinne** eingeführt werden: Der Privatunternehmer könnte dann von den Nettogewinnen bei entsprechendem Geschäftsverlauf bis etwa zu einem 10-fachen des tariflichen Durchschnittseinkommens für sich beanspruchen; Gewinne über dieses Maß sollten in die Gewinnbeteiligung aller gehen oder weggesteuert werden. Mit dem „Anreiz- und Begrenzungsprinzip“ sollte der Anreiz zum privaten Unternehmertum erhalten bleiben, aber auch begrenzt werden.⁴²

Kapitaleigner, die Geld ohne direkte Betriebsbeteiligung anlegen und Gewinne abschöpfen wollen (Shareholder), wird und sollte es in einer partizipatorischen Unternehmensverfassung nicht geben.

Eine besondere Form partizipatorischer Unternehmensverfassung ist die **Genossenschaftliche Wirtschaftsweise**. Da die Mitglieder einer Genossenschaft zugleich Kapitaleinbringer, Eigentümer, Unternehmer und Mitarbeiter des Unternehmens sind, ist eine partizipatorische Unternehmensführung in sich gegeben: In Mitverantwortung und Mitbestimmung, in Gewinn- und Risikobeteiligung. Damit ist das kapitalistische Gegenüber von Kapital und Arbeit, von Arbeitgeber und Arbeitnehmer überwunden. Dennoch könnte eine Genossenschaft nach kapitalistischen Prämissen arbeiten, wenn sie die Gewinnorientierung an die erste Stelle setzt und ökologische und Gemeinwohlokriterien außen vor lässt. Darum wirken Genossenschaften erst dann voll im Sinne einer Solidarischen Ökonomie, wenn sie nach den oben genannten ökologischen, sozialen und gemeinwohlorientierte Bilanzkriterien arbeiten und in Regionalen Wirtschaftsräten eingebunden sind.⁴³

Eine weiterentwickelte Form genossenschaftlicher Wirtschaftsweise sind **Reproduktionsgenossenschaften**. In ihnen schließen sich genossenschaftliche Produktion und Kunden/Verbraucher zu einer Kooperative zusammen, in der direkt über den konkreten Bedarf und die Bedarfsbefriedigung der ökonomische Prozess funktioniert – gegebenenfalls auch ohne das Tauschmittel Geld.⁴⁴

Partizipatorische Unternehmensverfassung:

1. Hineinnahme aller sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kriterien in die Bilanzrechnung der Unternehmen
2. Beteiligung aller Mitarbeiter und vom Unternehmen Betroffenen in Entscheidungsprozesse durch Wirtschaftsräte
3. Anreiz- und Begrenzungsprinzip für Unternehmergewinne
4. Genossenschaftliche Wirtschaftsweise

⁴⁰ Näheres dazu im ausgeführten Baustein „Partizipatorische Unternehmensverfassung in einer Solidarischen Ökonomie“

⁴¹ Felber spricht hier von einem direkt gewählten nationalen „Wirtschaftskonvent“, a.a.O. S. 25ff.

⁴² Bei einem Durchschnittseinkommen von monatlich z.B. 3.000 € und dem Faktor 1 zu 10 wären das 30.000 € im Monat. Das wäre für viele kleinere und mittelständige Unternehmen schon eine seltene große Gewinnspanne. Vgl. hierzu Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 63, 80 u.a.

⁴³ Ausführlicher in Bausteine „Genossenschaftsprinzipien“ und Genossenschaftstypen“

⁴⁴ Zur Besonderheit von Reproduktionsgenossenschaften: Fabricius, Wolfgang: „Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften“, 2008

5.4. Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem

An der für die kapitalistische Wirtschaftsordnung typischen Umverteilung von Geld und Vermögen von unten nach oben haben die tariflich ungebundenen Vergütungen bestimmter „Spitzenverdiener“ einen großen Anteil. Hier gibt es nicht durch eigene Leistungen gedeckte und in Selbstbemächtigung beanspruchte Vergütungen, die das Vielfache der durchschnittlichen Tariflöhne ausmachen.

Das heißt: Unsere Gesellschaft ist tief gespalten in **drei** Einkommensgruppen:

a) Die Einkommensgruppe der **tarifgebundenen Lohnempfänger**:

- Die durchschnittlichen tariflichen **Bruttomonatslöhne** liegen in Westdeutschland bei etwa 3.300 €, im Osten bei etwa 2.700 €
- Die **Spreizung der Tariflöhne** liegt in der Regel zwischen **1 zu 3**, maximal zwischen 1 zu 7.
- Über diese Durchschnittsgrößen hinaus gibt es eine **Mittelschicht von Besserverdienenden** (Niedergelassene Ärzte, Unternehmensberater, Geschäftsführer, Berufspolitiker u.a.), die zwischen 10.000 und 20.000 € monatlich brutto verdienen. Dies ist eine Spreizung zu den Niedrigverdienern bis zu 1 zu 20.
- Als **Leistungskriterien** zur Errechnung der tariflichen Löhne gelten 1. die Leistungsintensität, 2. der Qualitätsanspruch und Ausbildungsgrad, 3. die Verantwortungslast.

b) Die Einkommensgruppe der **Spitzenverdiener mit ungebundenen sehr hohen Vergütungen**:

- Die Spitzengehälter der **Manager**, der **Vorstandchefs** der DAX-Unternehmen und der Banken liegen in Deutschland zwischen 1 und 77 Mill. €, die der leitenden Mitarbeiter zwischen 100.000 und 500.000 € im Jahr. Die Vorstandsgehälter der Deutschen Krankenkassen liegen zwischen 170.000 und 270.000 €⁴⁵
- Hinzu kommen frei festgelegte **Boni**, die oft 50 % der regulären Vergütungen ausmachen.

c) **Menschen im Niedriglohnbereich** durch Ausweitung der Leih- und Zeitarbeit, Arbeitsplatzverlagerung und Lohndumping mit einer steigenden Zahl von Erwerbstätigen, die trotz Vollbeschäftigung von ihrem Einkommen nicht leben können, sondern vom Staat (Steuerzahler) alimentiert werden müssen

Das **Gravierende und Skandalöse** der tariflich nicht gebundenen Vergütungen liegt 1. in ihren Höhen, die nicht durch eigene, sondern durch fremde Leistungen erarbeitet wurden und darum als „Raublöhne“ anzusehen sind; 2. in der Selbstbemächtigung, in der die Institute der Empfänger ihre Vergütungen eigenmächtig festlegen (Selbstbedienungsmentalität eines modernen „Raubrittertums“).

Es gibt keinen einzigen logischen Grund, der die Höhe und die Selbstbemächtigung der ungebundenen Vergütungen rechtfertigt. Und es ist unbegreiflich, dass sich eine Gesellschaft diese Einkommensspaltung und Selbstbemächtigung gefallen lässt. Zudem ist diese Entwicklung nicht nur ungerecht und unverschämt, sondern verstärkt auch die sozialen und ökonomischen Crashtendenzen.

Regeln gegen diese Perversionen und **für ein leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem** könnten etwa wie folgt aussehen:

1. **Alle berufliche Tätigkeiten**, auch die der Banker, Manager, Vorstände usw. werden **nach leistungsgerechten Tariflöhnen** vergütet.
2. Als **Leistungskriterien** gelten wie in bisherigen Tarifberechnungen: 1. die Leistungsintensität, 2. der Qualitätsanspruch und Ausbildungsgrad, 3. die Verantwortungslast.
3. Das **menschliche Leistungsvermögen** schwankt bei gleichem Zeiteinsatz in der Regel zwischen dem 0,5 bis zum 5-fachen der Durchschnittsleistung eines Menschen. Darum sollten alle Vergütungen wie in den bisherigen tariflichen Löhnen in der Regel zwischen **der Hälfte bis zum 5-Fachen der Durchschnittslöhne** gezahlt werden - bei besonders hoher Bereitschaft zur Mobilität, Qualifikation und Verantwortung gegebenenfalls bis zum 10-fachen der Durchschnittslöhne. Das wären bei 3.000 € Durchschnittslohn zwischen 1.500 und 15.000 € (max. 30.000 €) monatlich. Variante: die Spreizung der Löhne wird zwischen dem Mindestlohn und der Höchstvergütung mit einer Spanne von 1 zu 20 vorgeschlagen, also in einer Dimension von 1.000 bis 20.000 €⁴⁶
4. Alle **Boni** und sonstigen **Sondervergütungen** sollten **auf max. 20 % des Gehaltes begrenzt** werden und müssten an gemeinwohlfördernde Aspekte der Tätigkeit gebunden sein.
5. Die **Einkünfte von Privatunternehmern** sollten nach dem oben beschriebenen Anreiz- und Begrenzungsprinzip geregelt werden (s. 5.3.).
6. Das „**Knappheitskriterium**“ **sollte begrenzt werden**, d.h. das Aushandeln von Honoraren für Künstler, Spitzensportler, Freiberufler u.ä. auf dem freien Markt von Angebot und Nachfrage wird durch Rahmensätze

Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem:

1. Leistungs- und anreizgerechte Tariflöhne für alle berufliche Tätigkeiten; in Spreizung zwischen 0,5 und dem 5-fachen (max. 10-fachen) der Durchschnittslöhne
2. Keine überhöhten Vergütungen in Selbstbemächtigung
3. Begrenzung oder Abschaffung des Knappheitskriteriums
4. Anreiz- und Begrenzungsprinzip für Unternehmensgewinne
5. Solidarischer Lohnausgleich für leistungsschwache Tätigkeiten

⁴⁵ Genauere Zahlen im ausgeführten Baustein „Leistungsgerechtes und solidarische Lohnsystem“ und im Internet

⁴⁶ Felber-Modell, siehe Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 40, 79ff.

ab dem 10-Fachen der Durchschnittslöhne variabel begrenzt – variabel, weil hier wegen Unregelmäßigkeit der Einkünfte höhere Spitzensätze gerechtfertigt sind.

7. Zusätzliche **Einkünfte aus Vermögen, Kapital, und große Erbschaften** u.ä., soweit es diese in einer solidarischen Ökonomie noch gibt, sollten **durch starke Progression so besteuert** werden, dass sie ab einer Höhe von über dem 20-fachen der Durchschnittseinkommen wieder der Gemeinschaft zufallen (mehr unter 5.6.).⁴⁷
8. Für nicht voll leistungsfähige Menschen und sehr leistungsschwache Tätigkeiten gibt es einen **Solidarischen Lohnausgleich**, so dass auch hier Mindestlöhne gezahlt werden können. Erst so kommt die Gesellschaft dem Verfassungsgebot der Menschenwürde und der Solidarität auch im Arbeitsbereich nach.

5.5. Neue Arbeitskultur

Die rasante Zunahme der Arbeitsproduktivität und die damit enorm wachsende Wertschöpfung haben in den letzten 120 Jahren zu einem Absinken der Arbeitszeit von 70 - 80 Wochenstunden auf ca. 35 Wochenstunden Mitte der achtziger Jahre geführt.

Die **Paradoxie der heutigen Arbeitskrise** liegt darin, dass trotz des noch schnelleren Wachstums der Arbeitsproduktivität und der Wertschöpfung der letzten Jahrzehnte, dies nicht zu einer Entlastung in der Arbeit und zu weiterem Absenken der Arbeitszeit führte, sondern zu mehr Stress und Ausbeutung in der Arbeit und zu längeren Arbeitszeiten von 45 bis 50 Stunden - und gleichzeitig zur Ausgrenzung qualifizierter Menschen aus der Erwerbsarbeit.

Die **Folgen** sind die Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Nichtarbeitsplatzbesitzer, die psychische und soziale Destabilisierung der aus Erwerbsarbeit Ausgegrenzten, die Überlastung des Sozialstaates und die Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität durch Schwund an Kaufkraft und sozialem Frieden.

Die **Ursachen** sind einmal ein einseitiges materielles Arbeitsverständnis, das den Sinn der Arbeit allein in einem möglichst hohen Einkommen sieht⁴⁸, und zum anderen in den Abschöpfungs- und Bereicherungsstrategien kapitalistischer Wirtschaftsweisen, die Arbeitskräfte nur als Kostenfaktor betrachtet, der durch Rationalisierung, sprich Arbeitsplatzabbau zu minimieren ist („Entlassungsproduktivität“).

Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitskrise ist ein **ganzheitliches Verständnis von Arbeit**: Die Erkenntnis, dass der Wert der Arbeit nicht allein in materieller Wertschöpfung (Produktion, Gewinne, Lohn) liegt, sondern ebenso in ihrer sozial-psychologischen, kulturellen und sinngebenden Wertschöpfung, ohne die der Mensch nicht Mensch sein kann.

Die **ganzheitlichen Werte der Arbeit** sind: a) der materielle Wert: Produktivität, Entlohnung, Gewinn; b) der soziale Wert: soziale Einbindung, Anerkennung, soziale Sicherheit; c) der psychische Wert: Kreativität, Selbstentfaltung, Kommunikation, Verantwortung; d) der ideelle und ethische Wert: individuelle Sinnfindung, dem Guten, der Gemeinschaft dienen.

Diese umfassende Wertschöpfung durch Arbeit geschieht in **drei Bereichen der Arbeit**: a) in bezahlter Lohn-, bzw. Erwerbsarbeit als Arbeiter, Angestellter, Beamter, als Selbstständiger; b) in unentgeltlicher Eigenarbeit wie Familienarbeit, Arbeit an Wohnung, Haus, Garten, Hobby u.ä.; c) in ehrenamtlicher Gemeinwohlarbeit wie Freiwillige Feuerwehr, Chor, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Vereinen, Parteien, Kirchen, Nachbarschaft...

Der Anteil der unentgeltlichen Eigenarbeit und der ehrenamtlichen Gemeinwohlarbeit an der gesamtgesellschaftlichen zivilisatorischen Wertschöpfung wird gegenüber der monetären Wertschöpfung der Wirtschaft oft als größer eingeschätzt.

Ziel einer neuen Arbeitskultur ist es, die drei Bereiche menschlichen Tätigseins, die Eigenarbeit, die Gemeinwohlarbeit und die Erwerbsarbeit in ein gleichgewichtiges und einander befreiendes Verhältnis zu bringen.

Dennoch muss der besondere **Wert der Erwerbsarbeit** gesehen werden. Er liegt auf drei Ebenen: Zum einen, dass hier der Arbeitende in den ökonomischen Prozess von Arbeit – Produktion – Einkommen – Konsum – Teilhabe am Steuer- und Sozialsystem integriert wird, ohne den eine hochentwickelte arbeitsteilige Gesellschaft nicht funktionieren kann. Zum anderen, dass der Arbeitende durch seine Erwerbsarbeit Geld als Tauschmittel für den eigenen Lebensunterhalt und für die Bedienung des Sozial- und Steuersystems erhält. Zum dritten, dass in der beruflichen Tätigkeit der Mensch in der Regel die stärkste öffentliche soziale Integration und Wertschätzung erfährt.

Diese Werte sind so grundlegend für die psychische Gesundheit des Einzelnen wie für die Stabilität der Gesellschaft, dass das **Recht auf Arbeit** als Menschenrecht verfassungsmäßig garantiert werden sollte.

Zur Erreichung dieses Zieles schlagen wir folgende **gesetzliche Regelungen** vor:

1. dass das **Volumen der Erwerbsarbeit** so **geteilt** wird, dass jeder arbeitsfähige Mensch an ihr Anteil haben kann;
2. dass es bei Überhang an Arbeitskräften zum **Absenken der Regelarbeitszeit** kommt – das wäre heute bei 34 bis 30 Wochenstunden gegeben – und bei Arbeitskräftemangel zu einem Anheben der Regelarbeitszeit (gegebenenfalls branchenspezifisch);
3. dass die **Arbeitszeiten sehr flexibel** z. B. mit Arbeitszeitkonten gestaltet werden können,

⁴⁷ Vgl. Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 62ff.

⁴⁸ Darum haben es die Gewerkschaften so schwer, ihre Mitglieder für Arbeitszeitverkürzung zu Gunsten der Arbeitslosen zu motivieren.

4. dass das **Renteneintrittsalter** ebenso flexibel und in altersgerechten Abstufungen gestaltet wird. Ziel ist durchaus eine neue Art der „Vollbeschäftigung“, diese im solidarischen Teilen der Erwerbsarbeit, in einer deutlichen Entlastung in der Erwerbsarbeit und im Schaffen größerer Freiräume für Eigenarbeit und Gemeinwohlarbeit.

Damit das ökonomisch machbar ist und sich daraus eine wirklich neue Arbeitskultur entwickelt, sind verschiedene **flankierende** bzw. verzahnende **Maßnahmen anderer Neuordnungen** einer Solidarischen Ökonomie nötig. Diese wären:

1. **Ablösen der Sozialabgaben der Unternehmen von den Arbeitsplätzen** und ihre Bindung an die Wertschöpfung des Unternehmens. Die Höhe der Sozialabgaben kann mit einem „Arbeitsplatzkoeffizienten“ errechnet werden, der höher besteuert bei wenigen Arbeitsplätzen pro Produktionseinheit, geringer besteuert bei mehr Arbeitsplätzen pro Produktionseinheit (siehe 5.6. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem);
2. Einführung eines **Bedingungslosen Grundeinkommens**, das als soziale Grundsicherung an die Stelle bisheriger Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Grundbafög, Grundrente tritt (siehe 5.6. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem);
3. Einführung eines **leistungsgerechten und solidarischen Lohnsystems**, wie es unter 5.4. beschrieben wurde.

Im Zusammenwirken dieser Systemveränderungen würde eine neue befreite und befreiende Arbeits- und Sozialkultur entstehen: Die Ängste und Nöte der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsüberlastung, des sozialen Abstiegs und der Altersarmut wären gebannt. Es bliebe viel Zeit für Eigenarbeit, Familienleben, Freizeit und Muße. Ehrenamtliche Gemeinwohlarbeit und Kultur würden aufleben. Das kreative Tätigsein des Menschen könnte sich in allen Bereichen des Lebens frei entfalten.

Neue Arbeitskultur:

1. Gesichertes Recht auf Erwerbsarbeit als Menschenrecht für alle Erwerbsfähigen
2. Teilen des Arbeitsvolums unter allen Erwerbsfähigen durch flexibles Senken der Regelarbeitszeit
3. Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem
4. Flankierend Ablösen der Sozialabgaben von den Arbeitsplätzen, dafür Wertschöpfungsabgabe nach Arbeitsplatzkoeffizient
5. Flankierend Bedingungsloses Grundeinkommen

5.6. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem

Die Prinzipien und Regelungen der Sozialen Marktwirtschaft der 50er bis 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts versuchten zwischen den Kapitalmehrungsinteressen und den sozialen Interessen der Lohnempfänger und des Staates einen Ausgleich zu schaffen – entsprechend der Verpflichtungen des Grundgesetzes der sozialen Absicherung eines jeden Bürgers und der Sozialpflichtigkeit von Eigentum.⁴⁹

Im Zuge der Neoliberalisierung der Marktwirtschaft seit den 90er Jahren sind die ausgleichenden sozialen Regelwerke zunehmend eingeschränkt worden.

Deutlich ist das einmal in der **Steuerbelastung** der verschiedenen Einkommensgruppen: Der Anteil des Steueraufkommens aus Gewinnen und Vermögen hatte eine deutlich sinkende Tendenz: er lag 1950 bei etwa 23 %, 1970 bei 25 %, 2004 bei 15 %. Der Anteil des Steueraufkommens aus Lohnsteuern hatte eine deutlich steigende Tendenz: er lag 1950 bei 9 %, 1970 bei 25 %, 2004 bei 28 %. Dies, obwohl sich das Sozialprodukt seit 1960 versiebenfacht hat, das Einkommen aus Unternehmen und Vermögen fast um das Zwölfwache gestiegen ist, das Nettoeinkommen der Lohnabhängigen nur um das Dreifache.⁵⁰

Zum anderen werden die **Prinzipien des Bismarckschen Sozialsystems** zunehmend abgebaut: Die solidarische und paritätische Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber an den Sozialabgaben verschiebt sich zu Lasten der Arbeitnehmer und zur Entlastung der Arbeitgeber (z. B. durch „Kopfpauschale“); das solidarische Umlageverfahren wird zu Gunsten des Anlageverfahrens über Privatversicherungen schrittweise zurückgenommen. Damit geht der Weg deutlich in Richtung einer sozialen Zweiklassengesellschaft, das Solidarprinzip unserer Gesellschaft wird aufgeben, der Sozialstaat droht zu zerbrechen.

Das **Steuer- und Sozialsystem einer solidarischen Ökonomie** will diesen Weg wieder umkehren und das solidarische Sozialstaatsprinzip sichern. Dabei ist es gut, die **elementaren Grundfunktion** von Steuern neu zu begreifen: Die Notwendigkeit einer „Staatssteuer“ zur Finanzierung aller hoheitlichen und öffentlichen Aufgaben des Gemeinwesens und die Notwendigkeit einer „Sozialsteuer“ zur Finanzierung der sozialen Absicherungen im solidarischen Füreinandereinstehen.

Von daher ergeben sich für die Erhebung von Steuern folgende Prinzipien:

1. das **Einheitsprinzip**: es werden von allen Bürgern, von allen Einkünften und Gewinnen Abgaben gezahlt (Prinzip Bürgerversicherung);
2. das **Leistungsfähigkeitsprinzip** durch progressive Besteuerung: die wirtschaftlich Stärkeren zahlen höhere Anteile als die wirtschaftlich Schwächeren;
3. das **Solidarische Prinzip**: die öffentlichen Ausgaben kommen den Schwächeren überproportional zugute
4. das **Paritätische Prinzip**: zu gleichen Anteilen zahlen Unternehmen und Angestellte Sozialabgaben;

⁴⁹ Artikel 1, 14, 20(1), 28(1)

⁵⁰ Vgl. Horst Afheldt, „Wirtschaft die arm macht“, S. 32ff.. Mehr dazu im ausgeführten Baustein „Steuer und Sozialsystem einer Solidarischen Ökonomie“

5. das **Lenkungsprinzip**: die Höhe der Abgaben richtet sich nach sozialen und ökologischen Zielorientierungen.

Konkret werden unter anderem folgende Änderungen im Steuersystem vorgeschlagen:⁵¹

- An Stelle der bisherigen arbeitsplatzgebundenen Sozialabgaben der Unternehmen tritt eine **Wertschöpfungssteuer**. Diese besteuert die Wertschöpfung eines Unternehmens, unabhängig davon, ob diese Wertschöpfung durch den Einsatz von Arbeit, Kapital oder Boden erzeugt wurde. Aus dieser Wertschöpfungssteuer fließen beispielsweise 50 % an die Sozialkassen. Die bisherige einseitige Belastung des Produktionsfaktors Arbeit entfällt damit.
- Die Grundlage für die Besteuerung eines Unternehmens liegt nicht mehr ausschließlich in dem finanziellen Ergebnis dieses Unternehmens, sei es der Gewinn, die Wertschöpfung oder Umsatz. Neben diesen monetären Größen werden andere **Kennziffern aus der Gemeinwohlbilanz** herangezogen, z. B. ökologische Nachhaltigkeitskennziffern, Mitarbeiterbeteiligung, Arbeitsplatzsicherung, regionale Auswirkung, soziales Engagement etc.. Aufgrund dieser Kennziffern können Steuersätze angehoben bzw. gesenkt werden. Sie bieten damit ein geeignetes Anreizsystem für ein gemeinwohlorientiertes Verhalten des Unternehmens (z. B. durch Berechnung der Sozialsteuer nach einem "Arbeitsplatzkoeffizienten", s.o.).
- Die **Besteuerung der Ressourcen** direkt an der Quelle der Ressourcenerschließung (Mengensteuer). Endliche Ressourcen werden mit einer höheren Steuer belegt als regenerative Ressourcen. Diese Besteuerung ist wesentlich zielgenauer als die jetzt praktizierte allgemeine Verbrauchssteuer.

Das **solidarische Sozialsystem** arbeitet mit **zwei Grundsicherungen**:

- a) mit der Einführung einer **bedingungslosen sozialen Grundsicherung**, die an die Stelle der Sozialhilfe, des Arbeitslosengeldes, des Kindergeldes, des Grundbafög, der Grundrente tritt und jedem Bürger, allein auf Grund der Tatsache, dass er Bürger des Landes ist, ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt wird – dies auch in der Variante einer Negative Einkommenssteuer⁵²
- b) mit einer gemeinsamen **gesetzlichen Krankenversicherung** für alle Bürger aus allen Einküften, die nach gleichen Kriterien und Regelsätzen für Krankheitskosten, Pflegeversicherung u. ä. aufkommt (Bürgerversicherung). Neben diesen beiden sozialen Grundsicherungen kann es durchaus **Zusatzversicherungen** geben, z. B. für eine Zusatzrente, für eine zusätzliche Ausbildungsversicherung, für Lebensversicherungen u. ä.. Diese werden aus zusätzlichen Abgaben finanziert. Hier kann es auch genossenschaftliche oder Privatversicherungen geben.

Solidarisches Steuer- und Sozialsystem:

1. Einheitsprinzips: Abgaben von **a l l e n** Einküften **a l l e r** Bürger (Prinzip Bürgerversicherung)
2. Solidaritätsprinzip: Progressive Besteuerung zu Gunsten der Schwächeren
3. Paritätisches Prinzip: Unternehmer und Angestellte zahlen Sozialabgaben
4. Lösen der Sozialabgaben der Unternehmen von Arbeitsplätzen, dafür von Wertschöpfung
5. Lenkungsprinzip: Höhe der Abgaben nach sozialen und ökologischen Kriterien
6. Bedingungslose Soziale Grundsicherung
7. Gemeinsame gesetzliche Krankenversicherung für alle Bürger

5.7. Ökologische Kreislaufwirtschaft

Die **kapitalistische Wirtschaftsweise** der Profitmaximierung und des ständigen Wachstums zwingt zur Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten. Das führt zu dem benannten Überschreiten der ökologischen Belastungsgrenzen – dies mit den Folgen drohender Klimakatastrophen, Kriege um die knapper werdenden Ressourcen und schwerer soziale Unruhen, die die Existenz der Menschheit bedrohen. Deutlich ist, dass die ökologische Frage eng mit der Gerechtigkeitsfrage und der Friedenssicherung verknüpft ist.⁵³

Ziel einer lebensdienlichen Ökonomie ist es, das **Primat der Ökologie** gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen, ohne das die Wirtschaft selbst nicht nachhaltig arbeiten kann.

Leitendes Paradigma ist die **Rückkehr zur natürlichen Kreislaufwirtschaft** im umfassenden Sinne:

- Konsequentes Hineingehen und Aufnehmen der Energiekreisläufe der Natur (regenerative Energiewirtschaft);
- Alle Materialnutzung so weit wie möglich in Kreisläufe der Wiederverwertung zurückführen (Recyclingwirtschaft);
- die Belastung des Ökosystems und den Verbrauch von Ressourcen, die nicht regeneriert werden können, drastisch reduzieren, möglichst auf Null runterfahren und durch andere Stoffe oder Nutzungen ersetzen.

Für das Erreichen dieser Ziele wären **drei Strategien** zu realisieren:

1. **Konsistenzstrategie**: ökologische Übereinstimmung (Konsistenz) aller technischen und wirtschaftlichen Prozesse, naturverträgliche Gestaltung der Stoff- und Energieströme;

⁵¹ Ausführlich im Langfassung Baustein „Steuer und Sozialsystem in einer solidarischen Ökonomie“

⁵² Genauer zum „Bedingungslosem Grundeinkommen“ auch mit seinem Für und Wider im ausgeführter Baustein „Grundeinkommen“

⁵³ Ausführlich dazu und zum Ganzen im ausgeführten Baustein „Ökologischer Wohlstand“

2. **Effizienzstrategie:** bessere Nutzung von Ressourcen und Energie durch technische und logistische Innovationen (höherer Wirkungsgrad), Erhöhung der Dauerhaftigkeit, Langlebigkeit und des Recyclinggrades von Produkten und Materialien, bis hin zur „Dematerialisierung“ von Funktionen;
3. **Suffizienzstrategie:** Überprüfung und Wandel von Einstellungen, Konsum und Verhaltensmustern im Hinblick auf eine umweltverträglichere Gestaltung von Lebensstilen; „*Mit weniger besser leben*“ durch ressourcen- und umweltschonendere Konsum- und Verhaltensformen.

Das Letzte wird oft übersehen, für nicht notwendig gehalten oder als „Verzichtsforderung“ abgelehnt. Wir halten diese dritte Strategie für unerlässlich, einmal weil durch den sog. Rebound-Effekt („Bumerang-Effekt“) bei alleiniger Effizienzsteigerung die Mengenzunahme des effizienteren Produkts den ökologischen Vorteil aufheben kann (z.B. elektrische Haushaltsgeräte, spritsparsame Autos). Zum anderen ist eine ökologische Wende ohne Bewusstseins- und Lebensstilwende nicht machbar: Es geht um eine Abkehr vom „materialistischen Grundirrtum“, dass Leben im immer Mehrhaben zu finden sei, und um ein Lebensverständnis, das den Reichtum des Lebens in Übereinstimmung mit der Natur, den geistig-seelischen Werten und den Bedürfnissen der anderen sieht und lebt.

Als **Hebel und Regelwerke** zum Umsetzen der Ziele und Strategien halten wir für besonders wichtig:

1. **Bemessen der Wohlfahrt** und des Fortschritts der Gesellschaft nicht mehr mit dem BIP, sondern auch mit ökologischen, sozialen, kulturellen und Gemeinwohlindizes (z. B. mit dem „Human Development Index“ der UNO);
2. **Überwindung des Wachstumszwangs** in der Wirtschaft durch Änderung entsprechender Wirtschaftsmechanismen (s. o.), Entschleunigung überhitzter Entwicklungen;
3. Durchsetzen des **Verursacherprinzips** auf allen Ebenen und Einbeziehen aller ökologischen Folgekosten in die **Preise** (z. B. Atomenergie!);
4. Einstellen **ökologischer Kennzahlen** in die Bilanzrechnung der Unternehmen;
5. Installieren von **Steuer- und Fördersystemen**, die nach ökologischen Kriterien fördern oder belasten,
6. Fördern der **ökologischen Aufklärung** auf allen Ebenen;
7. Ideelle, politische und finanzielle Förderung von **Pionierprojekten** ökologischer Zukunftstechnologien, Unternehmen, Gemeinschaften und Lebensweisen;
8. Förderung **internationalen Austauschs ökologischer Technologien** und Verfahren besonders zu Gunsten der Entwicklungsländer;
9. **Durchsetzung internationaler Regelwerke** und Institutionen für eine ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft - insbesondere gegen die Ressourcen- ausbeutung und Naturzerstörung der neoliberalen Globalisierung.

Ökologische Kreislaufwirtschaft:

1. Möglichst vollständiges Aufnehmen der natürlichen Energie- und Materialkreisläufe
2. Höchste Effizienz im Energie- und Materialdurchsatz, Absenken des Verbrauchs
3. Verursacherprinzip und Aufnahme der Preisfolgekosten
4. Ökologische Kennzahlen in allen Bilanzrechnungen, entsprechende Steuer- und Förderpolitik
5. Ganzheitliche Parameter für Wohlfahrt statt BIP
6. Werte- und Lebensstiländerung

5.8. Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung ⁵⁴

Die seit den 90er Jahren rasant beschleunigte Globalisierung „*ist unvermeidbar, ambivalent und unberechenbar, aber steuerbar*“ (Hans Küng).

Zu den **positiven und ambivalenten Auswirkungen** der Globalisierung gehören vor allem: die verstärkte Begegnung der Kulturen und Religionen, die internationale Vernetzung und gegenseitige Verstärkung von zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Aufbrüchen, Demokratisierungsprozessen, die rasche Ausbreitung von technisch-wissenschaftlichem Know-how und Innovationsschüben, insb. in den Schwellenländern neue Arbeitsplätze und die Verringerung der Armut sowie Wachstumsschübe für die Industrieländer durch offene Weltmärkte...

Zu den **negativen Auswirkungen** der Globalisierung gehören vor allem: der Wettlauf um Standorten mit den geringsten Löhnen, Sozial- und Umweltstandards mit den Folgen des Verlustes von Arbeitsplätzen, des Lohndumping, der Umweltzerstörung, der Wettlauf um Steuersenkungen und Steuerhinterziehungen auf globalem Parkett (Steuerparadiesen) mit der Konsequenz der Verarmung der öffentlichen Haushalte in allen Ländern, die Privatisierung vieler öffentlicher Dienste und Einrichtungen in Nord und Süd, selbst von Grundbedürfnisleistungen (zugunsten von Kapitaleignern und Investoren), die Überflutung der Märkte in den Entwicklungsländern (EL) durch industrielle Billigexporte der Multis (Freihandel) sowie eine Schwächung der kleinen, mittelständischen und regionalen Wirtschaft, da sie in den globalen Wettläufen nicht mithalten kann. Daraus ergibt sich zugleich: eine wachsende Schere zwischen den wenigen extrem Reichen und den vielen Armen (in allen Ländern sowie zwischen Nord und Süd), das Verfehlen der Millenniumsziele, Hunger, Armut, Kindersterblichkeit bis 2015 weltweit zu halbieren, kein Durchbruch bei der Bewältigung der ökologischen Krise, die Zunahme von Armuts- und Umweltmigration, das Aufkommen neuer Kriege um Ressourcen und zunehmende internationale Gewalt, bis hin zu neuem Terrorismus („Kampf der Kulturen“).

Den größten Anteil an diesen negativen Auswirkungen der Globalisierung haben die **Transnationalen Konzerne** (TNC) und die **Finanzmarktakteure**. Sie erwirtschaften mehr als die Hälfte des weltweiten Sozialprodukts,

⁵⁴ Ausführlicher dazu in den ausgeführten Bausteinen „Globalisierung heute – Für eine solidarische und umweltfreundliche Weltwirtschaft“ und „Globalisierung, Regionalisierung, Subsistenzwirtschaft“

beherrschen damit die regionalen Wirtschaftskreisläufe und sind in ihrer übergroßen wirtschaftlichen Macht politisch kaum steuerbar. Regierungen müssen nationale Grenzen beachten, Multis praktisch nicht. Das Dogma, die Praxis und Lüge des „**Freihandels**“ hat eine verschärfende Wirkung: Die Liberalisierung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs soll Wohlstand für alle Beteiligten bringen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Industrieländer (IL) und ihre Konzerne diktieren noch immer weitgehend die Bedingungen. Daraus folgt zwingend eine Benachteiligung der Schwächeren, abzulesen am Agrar- und Rohstoffhandel mit den EL mit seinen verheerenden Auswirkungen.

Das **Paradoxe** unserer Weltsituation liegt darin, dass durch die neuen Möglichkeiten der Globalisierung die Voraussetzungen für ein Zusammenwachsen der Völker und Kulturen in Frieden und Wohlstand wie noch nie in der Menschheitsgeschichte gegeben wären. Warum geht die Entwicklung eher in entgegengesetzte Richtung? Die **Ursachen** liegen nicht allein, aber primär in der neoliberalen Ausformung der Globalisierung: In den Leitvorstellungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, dem Primat der Profitmaximierung, des ständigen Wirtschaftswachstums, der Konkurrenzwirtschaft. Unter diesen „Leitsternen“ kann Globalisierung gar nicht anders funktionieren.

Eine Solidarische Ökonomie will diese Fehlentwicklungen überwinden. Ihr Ziel ist es, die neoliberale in eine **ökosoziale und solidarische Globalisierung** zu verwandeln. Entgegen häufigen Behauptungen gibt es Ansätze einer menschen- und umweltfreundlichen Politik. Dazu müssten die Regierungen nur konsequent das Gemeinwohlinteresse gegen die Partikularinteressen von Profit und Komfort durchsetzen und die Demontage des Staates und der öffentlichen Finanzen beenden. Die Solidarität mit anderen Ländern, die Würde aller Menschen, die Achtung der Menschenrechte und der Schutz globaler Gemeinschaftsgüter müssen die Ziele aller Nationen werden. Stichworte dazu sind:

- Alle Länder, insb. auch die IL und ihre Konzerne, müssen menschenrechtliche, soziale, ökologische und kulturelle Ziele und Standards beachten
- Es sollten den Schwellenländern und EL Gleichberechtigung zugestanden werden, denn Demokratie heißt gleichberechtigte Mitsprache auch kleinerer Partner
- Die IL sollten nicht nur ihren Schadstoffausstoß, sondern auch ihren Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren und damit einer Vorreiterrolle in der Volkergemeinschaft übernehmen
- Schwellenländer und EL dürfen nicht dieselben Fehler machen wie sie die IL gemachte haben; sie müssen auf eine den IL nachahmende Entwicklung verzichten.

Die Chancen für einen Systemwechsel haben sich seit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise erhöht (vgl. die Diskussionen über die Transaktionssteuer).

Eine sozialökologische Regulierung der Weltwirtschaft kann nur durch radikale **Reformen oder Neuerfindung der internationalen Organisationen** (UN, OECD, WTO, IWF, Weltbank und G 20) und durch internationale Koordinierung der nationalen Politiken umgesetzt werden. Dies sollte neben grundlegender Veränderungen der Welthandelsstrukturen insb. auf den folgenden fünf Gebieten erfolgen:

- Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs zur Verhinderung spekulativen Geldhandels und zur Vermeidung von Finanz- und Verschuldungskrisen,
- Vereinbarung von Mindeststandards in der Sozialpolitik, zur Vermeidung von Sozial-Dumping,
- Vereinbarung von Mindeststandards in der Umweltpolitik, zur Vermeidung von Umwelt-Dumping,
- Harmonisierung der Steuerpolitik, zur Vermeidung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung (Vereinbarung von Mindeststeuersätzen), sowie
- Harmonisierung der Wettbewerbspolitik, zur Vermeidung des Missbrauchs von Marktmacht (insb. durch Kartelle, Oligopole und Monopole).

Maßnahmen auf all diesen Gebieten können weniger radikal erfolgen (quasi Reformen⁵⁵) oder aber radikaler (Systemwechsel). Radikalere, d. h. an die Wurzeln gehende systemische Veränderungen sind in den anderen Bausteinen oben beschrieben worden, insb. in den Bausteinen Neue Eigentumsordnung, neue Finanzordnung und Partizipatorische Unternehmensverfassung. Die Realisierung dieser Veränderungen würde der neoliberalen Globalisierung die Grundlage entziehen und eine konsequente „Ökosoziale Globalisierung“ ermöglichen.

Dabei ist neben der **Abschaffung der spekulativen Finanzmärkte auch die Auflösung der Transnationalen Konzerne** in kleinere Wirtschaftseinheiten von Nöten. Ihr „too big to fall“ (zu groß, um zu fallen) macht Politik und Wirtschaft zur Geisel und muss überwunden werden.

Diese Veränderungen sind durch internationale Konferenzen und Institutionen bisher kaum zu erreichen. Zu sehr stehen nationale Interessen und wirtschaftliche Abhängigkeiten im Vordergrund (vgl. Kopenhagen 2008). Aber es kann Vorreiterländer bzw. **Vorreiterregionen** geben (z. B. die EU?). Sie werden von der weltweiten Zivilgesellschaft zunehmend und nachdrücklich dazu aufgerufen.

Hier werden **Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), Basisgruppen, Bürgerinitiativen und Netzwerke, auch Kirchen und Gewerkschaften**, immer bedeutsamer. Sie engagieren sich weltweit für eine **Globalisie-**

⁵⁵ Diesen reformerischen Weg geht z.B. die Initiative des „Global-Marshall-Planes“, vertreten u.a. von F.J. Radermacher, in „Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“, 2004

rung der Solidarität - der Solidarität mit den Schwächeren, den Entwicklungsländern und der gefährdeten Natur. Sie zeigen Alternativen auf und realisieren schon modellhafte Lösungen. Somit haben sie eine eminent wichtige Pionier- und Wächterrolle übernommen.⁵⁶

Neben diesen Ansätzen gibt es ein weiteres wichtiges Instrument, die neoliberale in eine ökosoziale und solidarische Globalisierung zu transformieren. Es geht um eine generelle **Dezentralisierung**, um die **Stärkung der Region** und um die Entwicklung einer modernen regionalen **Subsistenzwirtschaft**.

Gemeint sind der Schutz und die Stärkung der kleinen, mittelständischen und regionalen Wirtschaft mit dem Ziel, möglichst viele Bereiche der Wirtschaft, auch der Kultur, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Bildung usw. in der eigenen Region in eigener Regie und in eigenen

Wirtschaftskreisläufen zu betreiben. Hier werden möglichst viele Produkte und Angebote durch, innerhalb und für die Region erstellt, in vorteilhafter Kooperation der einzelnen Akteure. Das macht die Region, ihre Wirtschaft und Kultur unabhängiger, stärkt sie gegenüber Außenbestimmungen, senkt den Umweltverbrauch durch kürzere Transportwege, schafft mehr Arbeitsplätze und Kleinunternehmen und nimmt so mehr Menschen in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozesse hinein.

Voraussetzung für diese Möglichkeiten wäre neben der Auflösung Transnationaler Konzerne vor allem die **Überwindung des Dogmas und der Regeln des „Freihandels“**. Es muss wieder legitim und entsprechend geregelt werden, dass sich schwächere Regionen und Märkte durch **Schutzzölle** und ähnliche Regelungen vor einem Überschwemmt- und Beherrschtwerden von außen schützen können.⁵⁷

Das Ganze kann allerdings nur im Zusammenspiel von zwei Prinzipien gelingen: im Zusammenwirken von Dezentralisierung und Subsidiarität einerseits und der weitmöglichsten Vernetzung und Kooperation andererseits. D. h., immer wo möglich Eigenständigkeit und Verlagerungen nach unten, aber nicht abgekapselt und isoliert, sondern in Vernetzung und regem Austausch mit Außenbezügen und übergeordneten Einheiten bis in die globalen Bereiche hinein (ökonomische Subsidiarität).⁵⁸

- - - - -

Zusammenschau und Zusammenwirken der verschiedenen Bausteine:

Auch im letzten Absatz ist deutlich geworden, dass erst das synergetische Zusammenwirken der verschiedenen Bausteine eine wirkliche Systemveränderung bringen kann. Jeder Baustein hat für die anderen eine im einzelnen zwar unterschiedliche, aber oft eine bedingende, zumindest ergänzende und flankierende Funktion, wobei die Bausteine neue Eigentumsordnung, neue Finanzordnung, partizipatorische Unternehmensverfassung sowie das Primat der Ökologie grundlegend für alle anderen systemischen Veränderungen sind.

Wenn auch erst im Zusammenwirken aller Bausteine die Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise gänzlich überwunden werden, sind doch Anfänge im Einzelnen wichtig und möglich. Wie reformerische und systemverändernde Ansätze zusammengebracht werden können, ist eine Frage der Strategien und anzustrebenden politischen Rahmenbedingungen.

6. Transformationsschritte und Strategien für eine Solidarische Ökonomie⁵⁹

6.1. Grundfragen der Transformation und mögliche Transformationsschritte

Wie wir im Eingangsteil zeigten, liegen der kapitalistischen Wirtschaftsweise Prinzipien, Ideologie und Mechanismen zugrunde, die mit einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise nicht zu vereinbaren sind.

Auf Grund dieser Diagnose stellt sich die Frage, **w i e** ein anderes, solidarisches statt konkurrenzgetriebenes, ein gemeinwohlorientiertes statt profitmaximierendes Wirtschaftssystem entwickelt werden kann, das einen Grundlagenwechsel möglich macht und den Kapitalismus transformiert bzw. überwindet.

Dabei ist es eine heftige Streitfrage, ob es eine Transformation des Kapitalismus zu einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise überhaupt geben kann bzw. was Transformation des Kapitalismus heißen könnte.

Um hier Klarheit zu gewinnen, müssen die verschiedenen benutzten Begriffe geklärt werden, vor allem die Begriffe „Transformation“ und „Reform“.

⁵⁶ Besonders deutlich in der Weltsozialforen.

⁵⁷ Z.B. durch starke Korrektur bzw. Ablösung des GATS-Abkommens

⁵⁸ So bei Silke Helfrich: „Wem gehört die Welt?“, 2006; Susanne Elsen „Die Ökonomie des Gemeinwesens“ in Givgold/Embshoff „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ S.101 ff.; Elinor Ostrom: „Die Verfassung der Allmende“, 1999; Christian Felber: „50 Vorschläge für eine gerechtere Welt“, 2006, Kapitel „Faire Spielregeln für den Welthandel“, S. 165 ff.

⁵⁹ Vgl. hierzu den ausführlichen Baustein: „Von der kapitalistischen zur solidarischen Ökonomie – Transformationsstrategien und Wandlungsprozesse.“

Transformation heißt Umformung im Sinne der Verwandlung in eine neue Form.

Reform ist hingegen eine Erneuerung, bei der die Strukturen und Zusammenhänge des Bisherigen nicht vollständig, sondern graduell verändert werden.

Genauer können unterschieden werden:

Restaurative Reformen: Änderungen, die auf eine Wiederherstellung vorheriger (kapitalistischer) Strukturen abzielen (z. B. Neoliberalisierung der Sozialen Marktwirtschaft durch „Neue Soziale Marktwirtschaft“).

Stabilisierende Reformen: Änderungen von Rahmenbedingungen, die die Stabilität vorhandener Strukturen erhöhen und die Krisenanfälligkeit des vorhandenen Systems verringern (z. B. höheres Eigenkapital der Banken).

Progressive Reformen: Veränderungen, die eine Änderung über das Bisherige hinaus anstreben (z. B. Finanztransaktionsteuer)

Transformierende Reformen: Änderungen, die die Wahrscheinlichkeit der grundlegenden Veränderung gegebener Strukturen und der Herausbildung neuer Systembedingungen erhöhen (z. B. Abschaffung des Zinssystems).

Tiefgreifende Transformation: Umformung und Verwandlung des gesamten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhangs unter Herausbildung neuer Systeme und Ordnungsstrukturen (wie in den oben ausgeführten Bausteinen).

Transformations Schritte: Änderungen in einzelnen Bereichen oder Schaffung neuer Bereiche, in denen durch grundlegende Umformung neue Systembedingungen geschaffen werden (z. B. Übernahme von Betrieben in Belegschaftshand, die solidarwirtschaftlich handeln; Einstellen einer „Gemeinwohl-Bilanz“ durch immer mehr Unternehmen).

Transformationsprozesse: Das Zusammenwirken verschiedener Reform- und Transformationsschritte, die in ihrer Synergie einen geschichtlichen Prozess tiefgreifender Transformation bewirken können.

Revolution: Umsturz des bisherigen Systems und Neuaufbau eines gänzlich Neuen – muss nicht gewalttätig sein, kann bei großem Konsens in der Masse und großer Schwächung der alten Machträger auch als „Friedliche Revolution“ gelingen (1989 in der DDR. Arabische Revolution 2010/11).

Obwohl wir der Meinung sind, dass die zentralen Prinzipien, Ideologie und Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise überwunden werden müssen, vertreten wir nicht die Meinung, dass erst der Kapitalismus abgeschafft werden muss, bevor oder damit eine Solidarische Wirtschaft entwickelt werden kann.

Vielmehr meinen wir, dass es sinnvoll ist, auch innerhalb der vorherrschenden Wirtschaftsweise Reformen und Transformationsschritte voranzubringen, die allerdings klar in die Richtung einer Solidarischen Ökonomie gehen müssen und in einem **Prozess der Systemveränderung** zur Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise hin wirken können.

Insofern vertreten wir eine **Doppelstrategie:**

- Alle Reformansätze, Transformationsschritte und Regelveränderungen unterstützen, die im Ansatz und in Richtung einer nachhaltigen, partizipatorischen und solidarischen Ökonomie gehen;
- Zugleich die grundlegende Systemveränderung des Wirtschaftens im Auge behalten, einfordern und in Gang bringen.

6.2. Strategien und Handlungsfelder

Diese Doppelstrategie hat ihren Sinn und ihre Chance in den Tatsachen, dass unsere Gesamtgesellschaft nicht einfach der Kapitalismus ist, sondern durchaus eine Mischung von sozialer und regulierter Marktwirtschaft, neoliberaler Wirtschaft und Elementen einer sozialen und ökologischen Alternativwirtschaft u. a..

Ebenso ist als Chance wahrzunehmen, dass im Bewusstsein der Menschen neben den kapitalistischen Paradigmen durchaus solidarisches und emanzipatorische Denken vorhanden ist. Und schließlich ist die Tatsache zu sehen, dass Veränderungen immer geschichtliche Prozesse sind, die nicht einfach durch das Umlenken eines Schalters zu machen sind, sich vielmehr in langen, oft untergründigen Prozessen entwickeln, aber auch mit Teilschritten durchaus angestoßen und beeinflusst werden können.

Strategisch konkret heißt das, dass die Realutopien einer Solidarischen Ökonomie ihre **Anschlussfähigkeit** erweisen müssen. D. h. alle neuen Sichtweisen, Bausteine und Umgestaltungselemente müssen in konkret umsetzbare Schritte heruntergebrochen werden, die an den heutigen aktuellen mentalen und strukturellen Möglichkeiten anknüpfen, diese aufnehmen, um sie freilich zu einem das Bisherige Überschreitenden weiterzuführen (zu transformieren).

Diese Transformation vollzieht sich insgesamt in **drei Strategiefeldern**, die nur zusammen den Umbau bewirken und den Impuls der Transformationsschritte zu einem nachhaltigen Systemwandel verstetigen können:

1. Aufbau solidarsicherer Alternativprojekte und Schaffung von Enklaven neuen Wirtschaftens.

Dazu gehören z. B. Unternehmen mit partizipatorischer Unternehmensverfassung, Übernahme von Betrieben in Belegschaftshand, solidarisch verfasste Produktions-, Konsum- und Reproduktionsgenossenschaften, Genossenschaftliche Banken, Gemeinnützige Unternehmen, Einführung regionaler Komplementärwährungen (möglichst in Verbindung mit regionalen Reproduktionsgenossenschaften), Tauschringe und Zeitbanken u. ä.. Diese Möglichkeiten haben zwar den Charakter von Enklaven, Inseln im sonstigen noch alten System, doch geschehen hier entscheidende experimentelle Pionierarbeiten und Lernvorgänge für eine solidarwirtschaftliche Gesellschaft und bewirken so einen wesentlichen Transformationsschub.

2. **Systemischer und Institutioneller Umbau ökonomischer Grundfunktionen**, wie sie in den Bausteinen oben beschreiben wurden. Hier haben die drei ersten Bausteine die stärkste systemverändernde Wirkung: Durch die neue Eigentumsordnung, die neue Finanzordnung und die partizipatorische Unternehmensverfassung wird die Akkumulation des Kapitals in Privatverfügung zu Gunsten der demokratischen und partizipatorischen Vergesellschaftung des Kapitals überwunden.
3. **Politische Bewegungs- und Mobilisierungsarbeit**. Dazu gehören:
- Bildungs-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit** in Tagungen, Seminaren, Vorträgen, in die Medien, in Schulen, an Universitäten, an den Stammtischen. Ansatzpunkt sollte das dialogische Abholen bei dem tieferen Wissen dessen sein, was Leben in seiner Fülle ist, die Sehnsucht nach Verbundenheit und Solidarität, nach Gerechtigkeit und einer zur Vernunft gebrachten Wirtschaft.
 - Politische Einmischung** und Hineinwirken in die verschiedenen politischen Institutionen, Parteien, Verbände - mit dem Ziel und der Strategie, den restaurativen Strömungen Widerstand zu leisten, die Sichtweise einer Solidarischen Ökonomie hineinzubringen und zielführende Reformansätze zu fördern („Gang durch die Institutionen“). Es geht um das Auflockern des politischen Bodens für tiefere politische Wendungen. Strategisches Ziel ist, das ökologische und sozialökonomische Nachhaltigkeitsgebot verfassungsrechtlich zu verankern.
 - Politische Protest- und Mobilisierungsarbeit**, damit das Einwirken auf den politischen Apparat Schubkraft bekommt („Außerparlamentarische Opposition“). Hierzu gehören je nach Anlass und Situation Protestaktionen, Demonstrationen, Blockaden, Streiks, Besetzungen von Betrieben u.ä.. Nötig sind hier eine gut funktionierende Vernetzung und Bündnisbildung zwischen den entsprechenden Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen.
 - Zu einer breiten Bewegungsarbeit gehört auch die **Lebensstilbewegung**. Sie setzt an die Stelle der kapitalistischen Paradigmen und Lebensweisen des Egoismus, des Individualismus und der materiellen Bereicherung Lebenswerte wie „mit weniger besser leben“, gemeinschaftlich leben, gemeinsamer Besitz, Spiritualität, ganzheitliche Ernährungsweise, alternative Medizin u.v.a.. Diese Ansätze dienen einer Wertumbildung und einem Lebensstilwandel, ohne den eine tiefgreifende Wende zu einer gemeinwohlorientierten und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise nicht gelingen kann.⁶⁰

Strategische Handlungsfelder

Die wichtigsten Handlungsfelder der Transformationsstrategien liegen auf drei Ebenen:

1. in der Entwicklung solidarsicher Alternativprojekte
2. im systemischen und institutionellen Umbau ökonomischer Grundfunktionen
3. in politische Bewegungs- und Mobilisierungsarbeit.

Hier sollte mit einer Doppelstrategie gearbeitet werden:

- a) Reformen und Transformationsschritte, die in die richtige Richtung gehen, unterstützen;
- b) Grundlegende Systemveränderungen anstreben und angehen.

Die hier benannten Strategie- und Handlungsfelder haben einen sehr unterschiedlichen Charakter, eine unterschiedliche Chance und einen jeweils besonderen Anteil am gesamten Wandlungsprozess. Keines kann allein und für sich wirken. Darum dürfen die Handlungsfelder nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wenn auf den verschiedensten Ebenen zunehmend Systemveränderungen in Gang kommen, kann am Ende ein Wirtschaften möglich sein, das die Prinzipien, Ideologie und Mechanismen kapitalistischer Wirtschaftsweise hinter sich gelassen hat. Das wird nicht ohne Konfrontation gehen, denn die Profiteure der kapitalistischen Wirtschaftsweise werden ihre Privilegien nicht widerstandslos aufgeben. Insofern muss auch die **Machtfrage** gestellt und gelöst werden, entweder durch die gewählten Vertreter des Souveräns mit den demokratischen Regelwerken des Staates (z. B. Rückeignung der von anderen abgeschöpften Reichtümer) oder, wenn die Politiker dazu nicht in der Lage sind, durch den Souverän, das Volk selbst – dies durch möglichst gewaltfreie Erhebungen auf den Straßen (z.B. Antiatomkraftbewegung, „Stuttgart 21“, Ägyptische Revolution, Friedliche Revolution in der DDR u.ä.).

6.3. Umschlagprozesse, Wendezeiten und ihre Voraussetzungen

Um hier nicht in Kurzschlüsse zu fallen, können Erkenntnisse aus der Systemtheorie und der Revolutionswissenschaft sehr hilfreich sein.

In der Entwicklung lebendiger Systeme – auch die Wirtschaft ist ein solches - gibt es immer sinusartige Bewegungen von aufsteigenden, abfallenden und auslaufenden oder zusammenbrechenden geschichtlichen Prozessen. Der Übergang vom aufsteigenden zum stagnierenden und abfallenden Prozess kommt aus einem Erstarren oder Ungenügen des alten Systems gegenüber neuen Anforderungen.

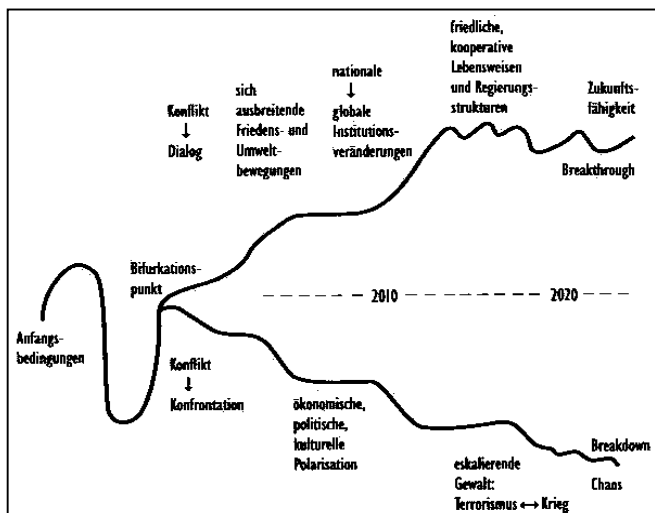
Im stagnierenden oder abfallenden Prozess sammeln sich alternative Kräfte, neue Paradigmen, Modelle und Praktiken, in der Regel zunächst immer bei Einzelnen, Außenseitern, Minderheiten, die von den alten Kräften bekämpft und verfolgt werden.

Wenn die Widersprüche im alten System sehr groß werden und der veränderten Situation immer weniger entsprechen, kommt es zu massiven Destabilisierungen und in der Regel zu krisenhaften Zusammenbrü-

⁶⁰ Für den hohen Stellenwert der Lebensstilbewegung siehe Jakubowicz, Dan: „Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils“, 2002

chen des Alten. Dies kann ins zerstörerische Chaos oder in restaurativen Rückschlag des Alten führen (breakdown). Es kann aber auch zu Durchbrüchen des ganz Neuen (breakthrough) führen.⁶¹

Solche Umschlagprozesse oder Kippunkte („Bifurkationspunkte“) sind nicht berechenbar und machbar; sie kommen zustande, wenn der „Kairos“ stimmt: die Zuspitzung der Krise und das günstige Zusammenwirken vieler Einzelkräfte im günstigen Moment in Richtung des Neuen.



Solche Umschlagprozesse können in einzelnen Bereichen geschehen, z. B. im Paradigmenwechsel einer Wissenschaft, oder die ganze Gesellschaft erfassen. Die Geschichte ist voll davon: von der Überwindung der Sklaverei und der Leibeigenschaft, der Reformation, der Wende zum Kopernikanischen Weltbild, den bürgerlichen Revolutionen, den Befreiungsbewegungen zur Überwindung der Apartheid bis hin zur Perestrojka in der Sowjetunion, der Wende in der DDR und im ganzen ehemaligen Ostblock, in den Aufbrüchen der arabischen Welt.

Die Frage, ob in solch einem „Kippunkt“ ein zerstörerischer Zusammenbruch oder ein Durchbruch zu Neuem und Höherentwickelten zu Stande kommt, hängt entscheidend von mindestens fünf Faktoren ab:

1. ob sich zuvor genug qualifiziert alternative Kräfte entwickelt und gesammelt haben,
2. ob sich diese Kräfte auch als Minderheit und gegen den Strom ausdauernd genug entwickeln konnten,
3. ob diese Kräfte vorweg sowohl auf der mentalen wie auf der strukturellen Ebenen von „unten her“ in möglichst viele Bereiche hineinwirken konnten,
4. ob diese Kräfte entscheidende Krisensituationen oder mögliche Kippunkte erkennen und dann massenwirksam handeln können (Umschlag von Qualität zur Quantität des „Neuen Denkens“),
5. ob sich auch „oben“ bei den politischen Verantwortungsträgern Menschen finden, die die Notwendigkeit des Neuen erkennen und entsprechend politisch umsteuern (z.B. Gorbatschow).

Wendeprozesse

Die Wende von einer kapitalistischen zu einer solidarischen Wirtschaftsweise ist nicht technokratisch herstellbar.

Sie kommt vielmehr aus einem umfassenden geschichtlichen Prozess, in dem es ein schrittweises, teilweises oder gänzlich Umschlagen von Paradigmen und Strukturen geben kann („Kippunkte“). Es gilt, diese zu erkennen und durch vorauslaufende Arbeit auf den verschiedenen Handlungsfeldern zu fördern bzw. vorzubereiten.

6.4. Mögliche Szenarien

Keiner kann die vor uns liegende Entwicklung genauer einschätzen und voraussehen. Und doch ist es gut, gewissermaßen als Gedankenexperiment verschiedene mögliche Szenarien zu bedenken – auch die ungewünschten. Das kann helfen, den Charakter, die besonderen Chancen oder Gefahren und die Herausforderungen und Handlungsnotwendigkeiten der jeweiligen Situation zu erkennen und entsprechend zu handeln.

Aus der Fülle möglicher Szenarien werden hier zwei Richtungen nur in Umrissen skizziert.⁶²

a) Übergangsszenarien:

Verschiedene Krisenentwicklungen (weitere Finanzkrise, ökologische Krise u. a.) lösen eine Alarmstimmung im System aus. Die alten Machträger und Leitvorstellungen der Wirtschaft verlieren zunehmend ihre Glaubwürdigkeit. Neue Paradigmen von einer ökosozialen Marktwirtschaft bis hin zur „Solidarischen- bzw. Gemeinwohlökonomie“ gewinnen an Überzeugungskraft und die Unterstützung einer breiten Elite und der Öffentlichkeit. In einem breiten öffentlichen Diskurs werden neue Verfassungsgrundsätze eines solidarökonomischen Wirtschaftens erarbeitet und entsprechende Transformationsschritte durchgesetzt.

Voraussetzungen wären das Erkennen der Krisenursachen im System, ein Veränderungsdruck aus breiten Schichten der Bevölkerung, die Einsicht und Durchsetzungskraft der Politiker, Parallelentwicklungen auf internationaler Bühne.

Gefahren bestünden darin, dass die Neuanfänge nicht konsequent genug umgesetzt werden, die „Sachzwänge“ des Alten und der Widerstand bisheriger Profiteure zu groß bleibt, der ganze Prozess im Halben und Verlängern des Bisherigen stecken bleibt oder ins Zurückkippen zum Brutalkapitalismus führt, es zu massiveren Crashsituationen kommt (s.u.).

⁶¹ Grafik und Inhalte nach Ervin Laszlo: „Argumente für einen Neuen Geist in der Wirtschaft“, in: Joachim Galuska „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business“ 2004; S. 37ff., S. 52.; auch Fritjof Capra „Wendezeiten“, 1990; S. 22ff.

⁶² Ausführlicher im Baustein „Von der kapitalistischen zur solidarischen Ökonomie – Transformation und Wandlungsprozesse“ unter 6.

Handlungsmöglichkeiten und Strategien alternativer Bewegungen wären: Alles, was in die Richtung vernünftiger Reformen geht, unterstützen; darüber hinaus die Knackpunkte der kapitalistischen Abschöpfungs-, Bereicherungs-, Ausgrenzungsmechanismen aufdecken, Möglichkeiten, Modelle und Projekte einer alternativen Ökonomie aufzeigen und umsetzen (Doppelstrategie); bei Einbrechen der Politiker und Umschlag in Systemrestauration Mobilisieren der „Straßen“, um den Transformationsprozess aufrecht zu halten; sich auf Kampfsituationen und Übergänge in kritischere Szenarien einstellen (s. u.).

b) Crashszenarien:

In verschiedenster, in milderer oder katastrophalerer Weise, könnte durch das Zusammenkommen und sich gegenseitige Verstärken von Klimakatastrophen, Zusammenbruch der Erdölversorgung, durch ökonomische Einbrüche und neue Finanzkrisen, Massenarbeitslosigkeit, Präkarisierung breiter Bevölkerungsschichten, weltweite Hunger- und Armutkatastrophen, Migrationsströme und Aufstände der Betroffenen, Kriege um Ressourcen u.a. zu einem umfassenden Zusammenbruch ökonomischer und politischer Infrastrukturen führen. In diesen Zusammenbrüchen könnte es einen „Kipppunkt“ geben, der einen Neuanfang eines ökonomisch-sozial-ökologisch ausgeglichenen Wirtschaftens möglich macht. Je nach Tiefe der Zusammenbrüche würde sich der Neuanfang am ehesten aus kleingliedriger, regionaler Subsistenzwirtschaft, aus Inseln und Überlebensklaven aufbauen.

Voraussetzungen für ein Gelingen wären: Das Erkennen der tieferen Krisenursachen bei allen Betroffenen; das Sichsammeln und Wirken alternativer Ansätze, Projekte und Gruppen schon vor den Zusammenbrüchen; fähige Menschen und Gruppen, die es verstehen, aus chaotischer Gewalt zu zielorientierten politischen Handlungen zu führen; internationale Parallelentwicklungen.

Handlungsmöglichkeiten und Strategien alternativer Bewegungen wären: Vor und in den Zusammenbrüchen Überlebensinseln, „Archen“ des Neuen schaffen, lokale Kooperationsringe gründen sich mit neuen politischen Verantwortungsträgern sammeln; politische Macht aus den Regionen neu aufbauen; aus regionaler Subsistenzwirtschaft neue alternative Wirtschaftsmodelle und Projekte aufbauen, diese ins Gesamtwirtschaftliche übertragen.

Schlussbetrachtung

Es ist nicht vorweg zu bestimmen, zu welchen Szenarien es wann, wo und wie genauer kommen wird. Aber es ist eine **Wachheit** zu entwickeln für jeweilige Entwicklungssymptome, für die Chancen sanfterer Transformationsprozesse wie auch für sich zuspitzende Krisen und mögliche „Kipppunkte“.

Das Agieren und Reagieren alternativer Gruppen und Bewegungen muss je nach Situation äußerst flexibel und erfinderisch sein. Doch wird deutlich, dass in den unterschiedlichsten Situationen aus der oben beschriebenen Fülle der Transformationsstrategien sich folgende **Grundaufgaben** herauskristallisieren:

- eine vorlaufende Aufklärungs- und Bildungsarbeit, - das Entwickeln von ökonomisch alternativen Systementwürfen und Modellen, - Entwicklung und Aufbau konkreter Projekte, Inseln und Enklaven einer Solidarischen Ökonomie, - politische Bewegungs- und Mobilisierungsarbeit, - in all dem eine vorausgehende und ausdauernde „Graswurzelarbeit“, Netzwerkbildung und Bündnisbildung und Politikfähigkeit in Wendesituationen.

„Die Welt von morgen wird, ja muss eine Gesellschaft sein, die sich auf Gewaltfreiheit gründet. Dies mag ein entferntes Ziel sein, ein unpraktisches Utopia... Die Menschen zögern oft, einen Anfang zu machen, da sie fühlen, dass das Ziel nicht vollständig erreicht werden kann. Diese Geisteshaltung ist genau unser größtes Hindernis auf dem Weg zum Fortschritt, ein Hindernis, das jeder Mensch, sofern er nur will, aus dem Weg räumen kann.“ Mahatma Gandhi

Literaturhinweise

- 1) **Afheldt**, Horst „Wirtschaft die arm macht“, 2003
- 2) **Alt Vater**, Elmar / Nicola **Sekler** (Hrsg.): „Solidarische Ökonomie“, 2006
- 3) **Amery**, Carl: „Gobal Exit. Die Kirchen und der Totale Markt“, 2002
- 4) **Bahro**, Rudolf: „Die Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten?“ 1989
- 5) **Bauer**, Joachim: „Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren“, Hamburg 2006
- 6) **Beck**, Ulrich (Hg.): „Die Zukunft von Arbeit und Demokratie“, Frankfurt a.M. 2000
- 7) **Bolz**, Norbert / **Bossart**, David: „Kultmarketing. Die neuen Götter des Marktes“, 1995
- 8) **Breidenstein**, Gerhard: „Hoffen inmitten der Krise. Von Krankheit und Heilung unserer Gesellschaft“, 1990
- 9) **BUND** und Brot für die Welt: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.“ Eine Studie des Wuppertal Instituts, 2008
- 10) **Capra**, Fritjof „Wendezeiten. Bausteine für ein neues Weltbild“, 1990
- 11) **Gorbatschow**, Michail: „Perestroika. Die zweite russische Revolution“, 1987
- 12) **Ditfurth**, Hoimar, von: „So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist so weit!“ 1985
- 13) **Duchrow**, Ulrich „Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerungen und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie“, Mainz 1994
- 14) **Duchrow**, Ulrich / Hinkelammer, Franz Josef: „Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur Diktatur des Eigentums“, 2002
- 15) **Duchrow**, Ulrich / Bianchi, Reinhold / Krüger, Rene / Petracca, Vincenzo: „Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktionen im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung“, 2006
- 16) **Engler**, Wolfgang: „Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft“, 2005
- 17) **Fabricsius**, Wolfgang: „Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften“, 2008
- 18) **Faraclas**, Nicholas (Hrg.): „Subsistenz und Widerstand. Alternativen zur Globalisierung“, 2003
- 19) **Felber**, Christian: „50 Vorschläge für eine gerechte Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus“, 2006
- 20) **Felber**, Christian: „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“, 2008
- 21) **Felber**, Christian: „Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise“, Wien 2009
- 22) **Felber**, Christian: „Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“, 2010
- 23) **Fischer**, Joschka: „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution“, 1998
- 24) **Fromm**, Erich: „Haben oder Sein“, 1979
- 25) **Galuska**, Joachim (Hg.): „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Die spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln“, 2004
- 26) **Geißler**, Heiner: « Ou Topos. Such nach dem Ort, den es geben müsste“, 2009
- 27) **Gensichen**, Hans Peter: „Nur die Armut wird uns retten. Geteilter Wohlstand in einer Gesellschaft des Weniger“, 2009
- 28) **Gigold**, Sven / **Embshoff**, Damar: „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“, 2008
- 29) **Goedevert**, Daniel: Das Seerosen-Prinzip. Wie uns die Gier ruiniert, 2008
- 30) **Groll**, Franz „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“, 2009
- 31) **Helfrich**, Silke: „Wem gehört die Welt“, 2009
- 32) **Hengsbach**, Friedhelm: „Wirtschaftsethik. Aufbruch, Konflikte, Perspektiven“, 1993
- 33) **Henkel**, Hans-Olaf: „Die Ethik des Erfolgs. Spielregeln für die globalisierte Gesellschaft“, 2004
- 34) **Jakubowicz**, Dan: „Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils“, 2002
- 35) **Kessler**, Wolfgang: „Aufbruch zu neuen Ufern. Ein Manifest für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“, 1990
- 36) **Kessler**, Wolfgang: „Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle“, 2004
- 37) **Kirchlicher Herausgeberkreis Jahrbuch Gerechtigkeit**: „Armes reiches Deutschland. Jahrbuch Gerechtigkeit II“, 2005
- 38) **Küng**, Hans: „Anständig wirtschaften. Warum Ökonomie Moral braucht“, 2010
- 39) **Leggewie**, Claus: Die Globalisierung und ihre Gegner“, 2003
- 40) **Linz**, Manfred: „Was wird aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit“, 2006
- 41) **Lüpke**, Geseko, von: „Die Alternative. Weg und Weltbild des Alternativen Nobelpreises“, 2003
- 42) **Meadows**, Dennis: „Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Signale zum Kurswechsel“, 2009
- 43) **Miegel**, Meinhard : „EXIT. Wohlstand ohne Wachstum“, Berlin 2010
- 44) **Moewes**, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, 2004
- 45) **Ostrom**, Elinor: „Die Verfassung der Allmende“, 1999
- 46) **Paech**, Niko: „Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die **Wachstumsfrage** erledigt?“ in Natur und Kultur 6/1 2005
- 47) **Pax Christi** (Hg.): „Der Gott Kapital. Anstöße zu einer Religions- und Kulturkritik“, 2006
- 48) **Precht**, Richard David „Die Kunst kein Egoist zu sein“, 2010
- 49) **Radermacher**, Franz Josef: „Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“, 2004
- 50) **Radermacher**, Franz Josef: „Global Marshall Plan. Ein Planetary Contract. Für eine Ökosoziale Marktwirtschaft“, 2004
- 51) **Reheis**, Fritz: „Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus“, 2004
- 52) **Scherhorn**, Gerhard „Geld soll dienen, nicht herrschen. Die unaufhaltsame Expansion des Finanzkapitals“, 2009
- 53) **Schumann**, Harald / Hans Peter Martin: „Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand“, 1997
- 54) **Schmidt**, Susanne: „Markt ohne Moral. Das Versagen der internationalen Finanzelite“, 2010
- 55) **Soros**, George: „Die offene Gesellschaft. Für eine Reform des globalen Kapitalismus“, 2001
- 56) **Vester**, Frederic: „Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter“, 1984
- 57) **Voß**, Elisabeth „Wegweiser Solidarischer Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich!“, 2010
- 58) **Weizsäcker**, Ernst Ulkrich, von: „Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch“, 1997
- 59) **Winkelmann**, Bernd: „Damit neu werde die Gestalt der Erde. Politische Spiritualität im Umbruch unserer Zeit“, 1997
- 60) **Winkelmann**, Bernd: „Friedliche Revolution 1989/90. Das Wirken christlicher Basisgruppen in der DDR“, 2009
- 61) **Zinn**, Karl Georg „Rezeptionslücken des Keynesianismus“, Hamburg 2008